

Gedenkstätten- Nr. 31 / Nov. 2023 / 2,- Euro Rundschau

Gemeinsame Nachrichten von: Arbeitskreis Wüste, Gedenkstätten KZ Bisingen, KZ-Gedenkstätten Eckerwald/Schörzingen und Dautmergen-Schömberg, Ehem. Synagoge Haigerloch, KZ Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen, Alte Synagoge Hechingen, Stauffenberg Gedenkstätte Albstadt-Lautlingen, Löwenstein-Forschungsverein Mössingen, Ehem. Synagoge Rexingen, Gedenkstätte Synagoge Rottenburg-Baisingen, Ehem. Synagoge Rottweil, Geschichtswerkstatt Tübingen,

Am 6. Februar 1933 demonstrierten 2500 Sozialdemokraten und Kommunisten in Schramberg gegen Hitler

Carsten Kohlmann, Oberndorf a.N. / Schramberg

Am 24. März dieses Jahres startete in der Großen Kreisstadt Schramberg auf bürgerschaftliche Initiative eine neue politische Vortragsreihe, bei der als erster Redner der ehemalige Bundespräsident Christian Wulf über das

derzeit oft diskutierte Thema „Ist die Demokratie in Gefahr?“ sprach. Dabei würdigte er auch eine zu Beginn des Jahres erfolgte Erinnerung an eine Großdemonstration der Schramberger Arbeiterschaft gegen die Ernennung

von Adolf Hitler zum Reichskanzler vor 90 Jahren in der Lokalpresse (Schwarzwälder Bote / Neue Rottweiler Zeitung 6.2.2023). Schramberg sei „durch die Industriearbeiter ein Ort für Demokratiebewegung“ gewor-



Fotocomposing zur Erinnerung an den 90. Jahrestag der Demonstration der Schramberger Arbeiterschaft am 6.2.1933 gegen die Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler, auch als Postkarte veröffentlicht. Grafik: Gunnar Link / Vorlage: Stadtarchiv Schramberg.

den, „auf die man stolz sein kann“ (Schwarzwälder Bote 28.3.2023). In der Öffentlichkeit war die Erinnerung an dieses Ereignis, zu dessen Gedenken auch eine Postkarte mit einem Fotocomposing erschien, da bisher leider keine zeitgenössischen Aufnahmen bekannt geworden sind, fast ohne jedes Echo geblieben. Der Pressebericht stellte mit einigen bisher unbekanntem Quellen einen Bezug zum „Mössinger Generalstreik“ im Landkreis Tübingen her, an den dort in diesem Jahr in bis heute fortdauernder Diskussion um dessen historisch-politische Bewertung erinnert wird.

„Da ist nirgends nichts gewesen außer hier“, erinnerte sich 1978 die Zeitzeugin Anna Renz (1902–1980) in Mössingen. Ihr Zitat wurde 1982 zum Titel des ersten Buches über das Thema, mit dem eine Projektgruppe des Ludwig-Uhland-Instituts der Eberhard-Karls-Universität Tübingen eine Pionierarbeit zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Baden-Württemberg vorlegte.¹ Durch einen erweiterten Blickwinkel ist das Bild mittlerweile indes differenzierter geworden. Ewald Frie, Professor für Neuere Geschichte an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, stellte 2019 präziser fest: „Es ist also am 30. Januar 1933 nicht nirgends nichts

gewesen außer hier.“² Auch wenn unter den besonderen Bedingungen das Generalstreikswagnis von Mössingen herausragt, zeigte sich auch in anderen Zentren der Arbeiterbewegung ähnlicher Protest oder die grundsätzliche Bereitschaft dazu.

Zum Kontext des „Mössinger Generalstreiks“ am 31. Januar 1933 gehört auch die Großdemonstration der Schramberger Arbeiterschaft am 6. Februar 1933, über die hier als Impuls für einen bis heute leider noch fehlenden Überblick über den gesamten „Widerstand der ersten Stunde“ in Württemberg nach bisher nur punktuellen Darstellungen zum ersten Mal ausführlich berichtet wird.³

Erinnert wurde an dieses Ereignis bereits 1983 in der Ausstellung „Schramberg 1933“ des Arbeitskreises Geschichte im damals eben neu gegründeten Stadtmuseum Schramberg zum 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme, zu der auch eine auf fundierter Recherche beruhende Dokumentation erschien.⁴ Allerdings fehlte damals eine maßgebliche Quelle: die SPD-Zeitung „Schwarzwälder Volkswacht“, die aus dem Jahr 1933 leider weder in der Württembergischen Landesbibliothek noch im Stadtarchiv Schramberg vorhanden ist. In einer damals noch nicht bekannten Akte der Stadtverwaltung zum Thema „Arbeiterbewegung“ sind jedoch einschlägige Ausgaben überliefert.⁵

Im Jahr 1933 hatte die Industriestadt Schramberg 11.741 Einwohner. Die Bürgerschaft wählte vor allem die Parteien der „Weimarer Koalition“ (Zentrum, SPD und DDP). Ein großer Teil der Arbeiterschaft war in den damaligen Richtungsgewerkschaften organisiert. In der Weltwirtschaftskri-

se hatten aber auch die NSDAP und die KPD zunehmend Erfolg, die KPD vor allem durch eine für Württemberg weit überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, weshalb Schramberg von der Staatsregierung zu einem der wenigen „Notstandsgebiete“ erklärt werden musste.⁶ 1930 wurde eine NSDAP-Ortsgruppe gegründet, die seit 1931 auch zwei Gemeinderäte stellte und mit ihrem Pamphlet „Schramberger Nazi-Blätter“ eine bösartige Hetze verbreitete.⁷ Bei der Reichstagswahl am 5. November 1932 stieg die KPD mit 20,7 % zur zweitstärksten politischen Kraft auf. Auf den Aufstieg der NSDAP antwortete die SPD auch in Schramberg wie auf Reichsebene mit der Gründung der „Eisernen Front“, eines Bündnisses aus SPD, Freien Gewerkschaften, „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ sowie Arbeiterkultur- und sportvereinen (Schwarzwälder Volkswacht 4.2.1933). Insgesamt blieben

- 1 Über den „Mössinger Generalstreik“ gibt es mittlerweile mehrere Publikationen. Grundlegend und einführend vor allem: Althaus, Hans-Joachim u.a. (Hg.): Da ist nirgends nichts gewesen außer hier. Das „rote Mössingen“ im Generalstreik gegen Hitler. Geschichte eines schwäbischen Arbeiterdorfes, Berlin 1982. – Warneken, Bernd-Jürgen/Berner, Hermann (Hg.): Da ist nirgends nichts gewesen außer hier. Das „rote Mössingen“ im Generalstreik gegen Hitler. Geschichte eines schwäbischen Arbeiterdorfes, Mössingen-Talheim 2012. – Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.): Materialien. „Heraus zum Massenstreik“. Der Mössinger Generalstreik vom 31. Januar 1933 – linker Widerstand in der schwäbischen Provinz, Stuttgart 2015.
- 2 Frie, Ewald: Der Mössinger Generalstreik. In: Hirbodian, Sigrid/Wegner, Tjark (Hg.): Aufstand, Aufruhr, Anarchie! Formen des Widerstands im deutschen Südwesten, Ostfildern 2019, S. 217–237, hier: S. 229.
- 3 Bisherige Ansätze zu diesem Desiderat: Maier, Frank: Das „rote Mössingen“ im regionalen Vergleich – Möglichkeiten und Potentiale der Regionalgeschichte. In: Frech, Siegfried/Meier, Frank (Hg.): Unterrichtsthema Staat und Gewalt. Kategoriale Zugänge und historische Beispiele, Schwalbach/Taunus 2012, S. 292–316 [am Beispiel von Balingen und Mühlacker]. – Materialien (wie Anm. 3), S. 12. – Frie (wie Anm. 2), S. 225–231.
- 4 Stadtmuseum Schramberg (Hg.): Schramberg 1933. Eine Dokumentation. Begleitheft zur Ausstellung im Stadtmuseum Schramberg vom 23.09. – 23.10.1983, Schramberg 1983, S. 24, S. 53 und S. 55.
- 5 Stadtarchiv Schramberg C I 3 (Gemeinde, Stadt und Große Kreisstadt Schramberg – Neuere Bestände I) G V a: Arbeiterbewegung 1933, Blatt 38–39. – Später teilweise ausgewertet von: Losch, Hans-Joachim: Schramberg in der Zeit der Weimarer Republik (1918–1933). In: Große Kreisstadt Schramberg/Museums- und Geschichtsverein Schramberg e.V. (Hg.): Adels Herrschaft – Marktflecken – Industriestadt, Schramberg 2004, S. 219–230, hier: S. 226f.
- 6 Vgl. hierzu: Kohlmann, Carsten: Schramberg in der Weimarer Republik – Eine Industriestadt im Umbruch. In: Große Kreisstadt Schramberg (Hg.): Momentaufnahmen Schramberg 1867–1992, Schramberg 1992, S. 35–51, hier S. 46–47.
- 7 Ebd., S. 48–51



Festschrift der KPD zum 1. Mai 1930.
Vorlage: Stadtarchiv Schramberg

das katholische und das sozialistische Lager gegenüber dem Nationalsozialismus in Schramberg größtenteils stabil und resilient – bei allerdings wie andernorts gleichzeitigem Zerfall des bürgerlich-liberalen Lagers. Noch bei der letzten Reichstagswahl am 5. März 1933, auf welche die neue Regierung bereits starken Druck ausübte, erreichte die NSDAP in Schramberg nur 25,9% ein Ergebnis, das deutlich unter dem Reichsdurchschnitt (43,9 %) und Landesdurchschnitt (41,9 %) lag. Die Mehrheit der Bürgerschaft stimmte gegen die neue Regierung, die Mehrheit für die staatstragenden Parteien der „Weimarer Koalition“ war aber nur noch knapp (52,9 %).⁸

Die Massenstreik-Debatte

Das Thema „Generalstreik“ erscheint im Rückblick in der Geschichte der Weimarer Republik wie ein schicksalhafter Rahmen – zum einen mit einem erfolgreichen Generalstreik zur Abwehr des monarchistisch-nationalistischen „Kapp-Lüttwitz-Putsches“ im Jahr 1920 und zum anderen mit einem ausgebliebenen Generalstreik gegen die nationalsozialistisch-deutschnationale Machtübernahme im Jahr 1933.⁹ Die politischen Rahmenbedingungen unterschieden sich jedoch grundlegend: 1920 war eindeutig ein Staatsstreich gegeben, 1933 fand „nur“ ein Regierungswechsel statt, so dass auch mit gutem Grund gewarnt wird, „eine sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront als die (verpaßte) Chance zu preisen, durch die der kampflose Untergang der deutschen Arbeiterbewegung 1933 vermieden worden wäre.“¹⁰ Auf die KPD fällt ohnehin ein kritisches Licht: „Die Taktik der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) zielte auf Spaltung der Gewerkschaften, aus Diffamierung der Gewerkschaftsführer und Mobilisierung der Belegschaften durch eine Serie regionaler, lokaler und betrieblicher Streiks, deren Aussichtslosigkeit von Anfang an feststand.“¹¹

Für die Arbeiterschaft war der Generalstreik das wichtigste Kampfmittel zur Durchsetzung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Ziele. Der 1. Mai erinnert seit 1889 als Kampftag

der sozialistischen Arbeiterbewegung an einen niedergeschlagenen Generalstreik für den Achtstundentag in den USA. Allerdings war das Thema zwischen der SPD und den Freien Gewerkschaften im Kaiserreich auch umstritten. Die „Massenstreikdebatte“ wurde 1906 mit dem „Mannheimer Abkommen“ beigelegt, in dem die SPD das Primat der Freien Gewerkschaften in dieser Frage anerkannte, die einen politischen Generalstreik grundsätzlich ablehnten und stattdessen einen demokratischen Reformkurs vertraten.¹² Die radikale Linke sah darin aber nach wie vor das zentrale Kampfmittel zur Revolution der kapitalistischen Gesellschaft, so dass die KPD in der Weimarer Republik weiterhin auf „Massenstreik“ setzte. Der Titel der KPD-Festschrift zum 1. Mai 1930 brachte dieses Ziel plakativ zum Ausdruck: Der Proletarier wird zu einem Riesen, der durch den „Massenstreik“ die Macht erlangt, die bisher in den Händen der Unternehmer war, über deren Fabriken zu seinen Füßen nun er der neue Herr ist.

Wie in anderen Industriestädten mit hoher Arbeitslosigkeit und politischer Radikalisierung mit bürgerkriegsartigen Zügen herrschte auch in Schramberg zu Beginn des Jahres 1933 eine außerordentlich angespannte Stimmung. Zunächst zeigten am 16. Januar 1933 und am 30. Januar 1933 zwei Demonstrationen von meistens kommunistisch eingestellten Arbeitslosen, wie sehr deren Nerven blank lagen. Bei der zweiten Demonstration am Nachmittag des 30. Januar 1933 hatten die Arbeitslosen bereits Kenntnis von der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler und riefen in Sprechchören unter anderem: „Nieder mit der Hitler-Schleicher-Regierung.“¹³ Über die politische Stimmung ist anschaulich zu lesen: „Die letzten politischen Ereignisse haben in dem sonst so ruhigen Schramberg wie eine Bombe gewirkt. Überall stehen in den Straßen diskutierende Menschen, die das neue Kabinett nicht gerade liebenswürdig kommentieren [...] Mit Kritik und der Faust in der Tasche ist heute nichts getan, jetzt heißt es geschlossen und in breiter Front zum Angriff übergehen. Die Rechte des deutschen Volkes, die Rechte der

deutschen Arbeiterklasse sind so ernstlich bedroht, daß es über die einzuschlagende Taktik keine Meinungsverschiedenheiten mehr geben darf. Einigkeit und Geschlossenheit ist der oberste Grundsatz, wenn die Abwehrbewegung gegen die Reaktion mit Erfolg geführt werden soll.“ (Schwarzwälder Volkswacht 1.2.1933). Die SPD sah deutlich einen „vielleicht für Jahrzehnte entscheidenden Augenblick“, stellte sich aber gleichzeitig weiter „auf den Boden der Verfassung und der Gesetzlichkeit“ (Vorwärts Abendausgabe 30.1.1933). Und doch hatte sich die „Eiserne Front“ unter der Führung der SPD auch bereits für eine bewaffnete Gegenwehr vorbereitet, wich aber letztlich aus Sorge vor einer verlustreichen Niederlage davor zurück. Hans Vogel (1881–1945), einer der drei SPD-Vorsitzenden, führte mit den Gewerkschaften auch Gespräche über einen Generalstreik, der theoretisch durchaus eine Option war.¹⁴

Bald darauf dürften auch in Schramberg die am 30. Januar 1933 verbreiteten Aufrufe des Zentralkomitees beziehungsweise vor Ort vor allem der Bezirksleitung Württemberg der KPD zum „Massenstreik“ bekannt geworden sein, die in den nächsten Tagen in der Arbeiterschaft offensichtlich leidenschaftlich diskutiert wurden.¹⁵

Den Griff zur „Waffe des Massenkampfes“ hatte die KPD bereits zuvor

8 Schramberg 1933 (wie Anm. 4), S. 16–17.

9 Vgl. hierzu: Schneider, Michael: Höhen, Krisen und Tiefen. Die Gewerkschaften in der Weimarer Republik 1918 bis 1933. In: Michael Borsdorf, Ulrich (Hg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 279–446, hier: S. 328–332 und S. 434–441.

10 Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 365f.

11 Beier, Gerhard: Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 11.

12 Schönhoven, Klaus: Die Gewerkschaften als Massenbewegung im Wilhelminischen Kaiserreich 1890 bis 1918. In: Geschichte der deutschen Gewerkschaften (wie Anm. 8), S. 167–278, hier: S. 236–243.

13 Stadtarchiv Schramberg (wie Anm. 5), Blatt 15–37, hier: Blatt 27.

14 Matthias, Erich: Der Untergang der alten Sozialdemokratie 1933. In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 3 (1956), S. 250–286, hier: S. 259f. – Beier (wie Anm. 11), S. 14.

15 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933–1945. 240 Faksimiles und 6 originalgetreue Reproduktionen zusammengestellt und eingeführt von Margot Pikarski und Günter Uebel, Berlin [1978] 1978, Nr. 1.

Generalstreik

gegen die faschistische Terror-Herrschaft!

**Hitler Reichskanzler! — Papen Vizekanzler — Hugenberg Wirtschaftsdiktator — die Frick und Göring an der Spitze der Wirt-
schaft — Stahlhelm-Seldte Arbeitsminister — dies unser Kabinett der
offenen faschistischen Diktatur ist die brutale unverhüllte
Kriegserklärung an die Werktätigen, die deutsche Arbeiterklasse!**

Die Betrugsmasche des „sozialen Generalstreiks“ sind zu Ende. Die Zuspitzung der Krise, der nachts revolutionäre Aufschwung der Massen zwingt die Bourgeoisie, das nackte Gesicht ihrer Diktatur in jeder ihrer Stützstellen zu enthüllen. An die Stelle der „sozialen“ Phrasen treten die Bajonette der Reichswahr und die Revolver der mordenden SA- und SS-Kolonnen. Schamloser Raub der Löhne, schamlosster Terror der braunen Mordpartei, Zerschlagung der letzten spärlichen Überreste der Rechte der Arbeiterklasse, hammergeborener Kurs auf den imperialistischen Krieg — das alles steht unmittelbar bevor.

Die Partei der deutschen Arbeiter, die Partei des Streiks gegen Lohnraub, der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen, den Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse und für den Sozialismus —

die KPD. will man verbieten!

Die Kampforganisation der proletarischen Jugend, der K.J.V.D., die Massenkampforganisation, die den Kampf gegen Lohnraub und Unternehmervöllerei führt, die R.G.O., sollen verboten werden. Dieses faschistische Anschläge sollen den Kurs auf die volle Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen Deutschlands einleiten.

Das blutige, barbarische Terror-Regime des Faschismus wird über Deutschland aufgerichtet. Massen, laßt nicht zu, daß die Todfahnen des deutschen Volkes, die Todfahnen der Arbeiter und armen Bauern, der Werktätigen in Stadt und Land ihr Verbrechen durchführen! Setzt auch zur Wehr gegen die Anschläge und den Terror der faschistischen Ketterevolution! Verteidigt euch gegen die schrankenlose soziale Reaktion der faschistischen Diktatur!

Heraus auf die Straße!

Legt die Betriebe still!

Anhänger sofort auf den Anschlag der faschistischen Bluthunde

Mit Streik, mit dem Massenstreik, mit dem Generalstreik!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, nehmt in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften, in allen Arbeiterorganisationen, auf allen Stempelstellen sofort Stellung für den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!

Beschließt die Arbeitsniederlegung! Beschließt Massen-Demonstrationen! Wählt Einheitskomitees und Streikleitungen! Organisiert den Kampf!

Die Kommunistische Partei Deutschlands wendet sich vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit mit diesem Aufruf zugleich

an den ADGB., an den AFA.-Bund, an die SPD. und die christlichen Gewerkschaften

mit der Aufforderung, gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur der Hitler, Hugenberg, Papen, gegen die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, für die Freiheit der Arbeiterklasse durchzuführen!

Die KPD appelliert an die Millionenmassen der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und Reichsbannerarbeiter in Stadt und Land wie an die unorganisierten Arbeitermassen:

Führt gemeinsam mit euren kommunistischen Klassenossen in allen Betrieben und Arbeiterwohnungen die Massendemonstrationen, den Streik, den Massenstreik, den Generalstreik durch!

Hilft den Kommunisten, die übrigen werktätigen Massen, die armen Bauern auf dem Lande, die Mittel-schichten, die Intellektuellen in den Städten zur Unterstützung des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse zu mobilisieren!

Schärfert auch um die bedrückte Kommunistische Partei, um den K.J.V.D., um die R.G.O., erkennt, daß der Schlag gegen das revolutionäre Proletariat ein Schlag gegen die ganz deutsche Arbeiterklasse ist.

**Es lebe die proletarische Einheitsfront gegen die faschistische Hitler-Diktatur!
Fort mit den Hitler, Papen, Hugenberg!
Es lebe der Generalstreik!
Es lebe der Kampf für die Freiheit der Arbeiterklasse!
Es lebe der Kampf für eine Arbeiter u. Bauernrepublik!**

Berlin, den 26. Januar 1933.

Kommunistische Partei Deutschlands

Verantwortlich für Druck und Inhalt: Ernst Scheller, Berlin — Druck: Otto-Posthaus II, n. S. H. Berlin.

Flugblatt des Zentralkomitees der KPD mit Aufruf zum Generalstreik vom 30. Januar 1933.

Vorlage: Der anti-faschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933–1945, Berlin [Ost] 1978, S. 36 / Nr. 1.

angekündigt (Die Rote Fahne 29.1.1933). Die Erfolgsaussichten waren aber aufgrund der Massenarbeitslosigkeit gering.¹⁶ Am 6. Februar 1933 ging im badischen Kinzigtal allerdings das Gerücht um, „daß der Generalstreik in Schramberg ausgebrochen sei“ (Schwarzwälder Volkswacht 8.2.1933). Die Gewerkschaften, die in dieser Frage wesentlich entscheidender waren als die KPD, wollten allerdings anders als beim „Kapp-Lüttwitz-Putsch“ im Jahr 1920 nicht zu diesem letzten Kampfmittel greifen.¹⁷ Bereits am 30. Januar 1933 erklärte der größte Teil der Richtungsgewerkschaften in einem gemeinsamen Aufruf: „Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten!“ (Vorwärts, Morgenausgabe 31.1.1933). Damit war ein Vorgehen wie in Mössingen gemeint. In Schramberg trat die „Schwarzwälder Volkswacht“ deshalb der Nachricht eines von hier ausgehenden Generalstreiks entgegen: „Das ist natürlich ein

frei erfundenes Gerücht, das aber infolge der gespannten politischen Situation Glauben gefunden hat. Die Leute im Kinzigtal mögen sich beruhigen. Der Generalstreik wird seinen Ausgang nicht von Schramberg nehmen!“ (Schwarzwälder Volkswacht 8.2.1933).

Die Gewerkschaften blieben trotz des zunehmenden politischen Terrors der neuen Regierung bei dieser Position, weil sie in Anbetracht der Massenarbeitslosigkeit keine Chance auf Erfolg sahen, das opferreiche Blutbad eines Bürgerkrieges fürchteten und außerdem glaubten, durch Anpassung und Bildung einer „Einheitsgewerkschaft“ auch im „nationalen Staat“ weiterhin eine wichtige Rolle spielen zu können – eine schicksalhafte Fehleinschätzung, die bald darauf in der Zerschlagung der Arbeiterbewegung endete und lange Thema kritischer Diskussion geblieben ist.¹⁸ Wie notwendig ein Aufruf der Gewerkschaften gewesen wäre, zeigt sich daran, dass der Aufruf der KPD reichsweit kaum befolgt wurde. Dagegen kam es in Mössingen und auch andernorts zu einigen bemerkenswerten Arbeitsniederlegungen,

die aber als isolierte „Einzelaktionen“ nicht zur großen Initialzündung in der Fläche wurden (Die Rote Fahne 1./3./4.02.1933). In der KPD-Hochburg Schweningen am Neckar gab es ebenfalls einen Generalstreikversuch, zu dem mit einer Demonstration am 30. Januar 1933 aufgerufen wurde. Nach anfänglichem Erfolg konnten aber letztlich die meisten Beschäftigten der auch hier krisengeschüttelten Uhrenindustrie von den Streikposten doch nicht überzeugt werden und wollten arbeiten.¹⁹ In der Maschinenfabrik Esslingen gab es ebenfalls Ansätze, den Betrieb stillzulegen.²⁰

¹⁶ Winkler, Heinrich August: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Bonn 1990, S. 868–875.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Beier (Anm. 11). – Winkler (wie Anm. 16), S. 918–923. – Außerdem: Scharrer, Manfred: Anpassung bis zum bitteren Ende. Die freien Gewerkschaften 1933. In: Ders. (Hg.): Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Hamburg 1984, S. 73–120.

¹⁹ Hausen, Ekkehard/Danneck, Hartmut: „Antifaschist, verzage nicht ...!“ Widerstand und Verfolgung in Schweningen und Villingen 1933–1945, Villingen-Schwenningen 1990, S. 50–51.

²⁰ Zweigart, Egon: Widerstand und nonkonformes

Massenstreik! Hitler Reichskanzler!

Der Reichspräsident Hindenburg, der Präsidentschaftskandidat der SPD., Reichsbanner- und Gewerkschaftsführer, hat seinen „Gegner“ Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Hitler hat eine Regierung der faschistischen Konterrevolution gebildet.

Diese Regierung wird mit allen Mitteln des schändlichen Terror unter Einsatz der SA, Reichswehren und des Stahlhelms versuchen, den Widerstand der Arbeiterklasse zu brechen und den Weg der offenen faschistischen Diktatur zur Rettung des bankrotten Kapitalismus zu geben.

Die Grundlage der Einigung zwischen Nazis, Sozialdemokraten und Stahlhelmen ist: Ausnahmezustand und Verbot der Kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen. Der Führer im Herrschaftskampf der Werttätigen soll brutal und rücksichtslos jenseits werden.

Die Kommunistische Partei ruft die Arbeiterklasse, die Angehörigen und Wehrleute, die Mittelständler, Kleinrentner zum entschlossensten Kampf gegen die Antifaschistische Aktion, zum entschlossensten Widerstand. Noch dringender, nahender, der ganzen ungeheuerlichen Reichweite der kommenden Ereignisse für das weitere Schicksal des deutschen Proletariats bewacht, wiederholen die Kommunistische Partei und die KPD, ihr schon am 20. Juli vorigen Jahres gemachtes Einheitsfrontangebot an die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter und weiteren Organisations, an die parteilosen und heimlichen Arbeiter zum gemeinsamen und entschlossensten Handeln gegen die faschistische Reaktion und ihre faschistischerischen Pläne. Wir rufen die Beschäftigten der Betriebe zum Massenstreik heraus, die gemaltige Offensivkraft der Betriebe zu verbinden mit den Massenstreifen der millionenfachen Gewerkschaften.

Ihr SPD-Worker und Kleinrentner in den Gewerkschaftenverbänden, ihr unteren Organisationen der SPD und des KPD, in den Betrieben, in den Verbänden, in den Arbeitervereinen, in den Stadtteilen und Ortsvereinigungen! Wir sind bereit, Schulter an Schulter im engen Kampfbündnis mit euch allen den drohenden Schlag des Faschismus durch den klärenden Gegensatz mit der Waffe des Massenstreiks zu beantworten.

Flugblatt der KPD-Bezirksleitung Württemberg Aufruf zum Generalstreik vom 30. Januar 1933. Vorlage und Aufnahme: Staatsarchiv Sigmaringen Wü 28/3 T 13 L 38 33 A.

Nach dem 30. Januar 1933 fanden in Württemberg in vielen Städten und einigen Gemeinden mit starker Arbeiterbewegung im allgemeinen Bewusstsein des Ernstes der Lage bald große Demonstrationen der KPD und der „Eisernen Front“ gegen die neue Reichsregierung statt. Dabei kam es oft zu einer örtlichen Annäherung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, nachdem sie sich zuvor unveröhnlich bekämpft hatten – besonders eindrücklich in Balingen, Bietigheim, Reutlingen, Schwenningen, Tuttlingen und in Schramberg.²¹ Für die Kommunisten waren die Sozialdemokraten als Hauptgegner „Sozialfaschisten“, die Sozialdemokraten sahen in den Kommunisten hingegen „rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten“, wie sie der SPD-Reichstagsabgeordnete Dr. Kurt Schumacher (1895–1952) aus Stuttgart im Frühjahr 1930 bei der Gaukonferenz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Esslingen brandmarkte.²² An der Basis zeigte sich am Ende der Weimarer Republik durch den im Angesicht der immer größer werdenden faschistischen Gefahr wiederbelebten Milieukontext jedoch

in zunehmendem Maße eine Bereitschaft zur „Einheitsfront“ über Parteigrenzen und -führungen hinweg.²³

Die Großdemonstration in Schramberg

Anders als andernorts, wo meistens die KPD versuchte, die „unteren Organe“ der SPD und der Gewerkschaften für die von ihr bereits am 10. Juli 1932 proklamierte „Antifaschistische Aktion“ zu gewinnen, ging in Schramberg nach dem 30. Januar 1933 die Initiative von der SPD aus, mit der KPD gemeinsam auf die Straße zu gehen. Die KPD lehnte aber – ihrer offiziellen Parteilinie folgend – ab. Stattdessen meldete sie im Anschluss an die Kundgebung der „Eisernen Front“ eine eigene Kundgebung an. Die „Eiserne Front“ stellte ihre Kundgebung unter den Aufruf „Für die Einheit der Arbeiterschaft! Gegen die faschistische Reaktion!“ Die „Schwarzwälder Volkswacht“ betonte – die Option „Generalstreik“ auch für das sozialdemokratische Lager andeutend – die Bereitschaft ihrer Anhänger zur „Verteidigung ihrer Rechte mit allen

Wir können euch sagen: Trebet sofort nach der Arbeitslosigkeit aber während der Arbeitszeit in den Betrieben zusammen und wählt eure vorbereiteten Kampfausschüsse. Beschließt den sofortigen Streik, beantwortet alle faschistischen Angriffe unverzüglich mit der Waffe des entschlossensten Kampfes.

Es muß verhindert werden, daß ein neuer 20. Juli die Arbeiterklasse ereilt. Es muß verhindert werden, daß der Faschismus über eine gesplittete Arbeiterfront der Ohnmacht der Kapitalisten, der Hölle vor dem Kampfe triumphiert. Das Proletariat ist tiefen Hass! Die Einheit des Proletariats ist unüberwindlich, wenn sie das Banner des Kampfes erhebt! Darum auf die Waffe! Das Proletariat will nicht Schließen, noch Weisung, noch Papen und Fillet! Es will die Befreiung seiner Klasse, die Arbeiter- und Bauernrepublik, den Sozialismus!

Rüstet zur Einheitskonferenz

Der in den Betrieben gemalten Delegierten und Kampfausschüsse Ausschüsse, vereinigen mit den Vertretern der Gewerkschaften, um gemeinsame Kampfausschüsse zu stellen.

Wählt heute in allen Betrieben, in allen Abteilungen die Ausschüsse der Antifaschistischen Aktion! (Gemeinsam den antifaschistischen Klassenkampf)

Ihr millionenstarken Bataillone der Antifaschistischen Aktion heraus zum Massenangriff!

Wählt Kampfausschüsse!

Entfacht Massenaktionen und Streiks gegen die faschistische Konterrevolution!

Vorwärts in einheitlicher Front!

Verteidigt eure Kommunistische Partei!

Die Kommunistische Partei ruft die werktätigen Massen zum entschlossensten und kühnsten Widerstand!

KPD, Bez. Württemberg

Verantwortlich: Albert Buchmann, KPD. — Druck: Druckerei-EG, Stuttgart

Mitteln“. Auf örtlicher Ebene reichte die SPD der KPD trotz der Absage einer gemeinsamen Demonstration weiter die Bruderhand – vor dem Hintergrund der bisherigen gegenseitigen Bekämpfung alles andere als selbstverständlich: „Die Schramberger Arbeiterschaft will mit dieser

Verhalten in Esslingen. In: Von Weimar bis Bonn. Esslingen 1919 – 1949. Begleitband zur Ausstellung „Esslingen 1919 – 1949. Von Weimar bis Bonn“ im Alten Rathaus und elf Stellen in der Stadt vom 15. Mai bis 18. August 1991, Sigmaringen 1991, S. 281–301, hier: S. 281. – Studienkreis Deutscher Widerstand (Hg.): Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung Baden-Württemberg 1933–1945. Baden-Württemberg I. Regierungsbezirke Karlsruhe und Stuttgart, Frankfurt am Main 1991, S. 164.

21 Heimatgeschichtlicher Wegweiser (wie Anm. 20), S. 164 (Esslingen), S. 158f. (Sindelfingen), S. 172 (Köngen), S. 175 (Nürtingen), S. 188 (Heidenheim), S. 193 (Heilbronn), S. 226 (Bietigheim), Kornwestheim (S. 233), S. 267 (Aalen), Schwäbisch Gmünd (S. 274), S. 278 (Fellbach), S. 294f. (Schwäbisch Hall) und S. 305 (Stuttgart). – Studienkreis Deutscher Widerstand (Hg.): Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945. Baden-Württemberg II. Regierungsbezirke Freiburg und Tübingen, Frankfurt am Main 1997, S. 140f. (Schwenningen), Tuttlingen (S. 153), Biberach a.d.R. (S. 194), Reutlingen (S. 252), Ulm (S. 301) und S. 316f. (Balingen).

22 Merseburger, Peter: Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart 1995, S. 126f.

23 Mallmann (wie Anm. 10), S. 365–380.



Aufruf der Eisernen Front in Schramberg zur Großdemonstration gegen die nationalsozialistisch-deutschnationale Regierung am 6. Februar 1933. Vorlage: Stadtarchiv Schramberg.

Kundgebung auch den Einheitswillen der deutschen Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen. Vorbei muß die Zeit des Bruderkampfes sein. In der Stunde der höchsten Gefahr müssen parteitaktische und parteipolitische Bedenken zurückgestellt werden. Der zum gleichen Ziel führende Weg muß gemeinsam beschritten werden. Dann ist der Sieg auch unser.“ An die KPD wurde unter Hinweis auf eine sich vereinigende Demonstration der beiden Arbeiterparteien kurz zuvor in Reutlingen appelliert: „Wir haben dagegen nichts einzuwenden, wenn die Kommunisten ernstlich zeigen, daß es ihnen um die Einheitsfront und nicht um die gegenseitige Beschimpfung geht. Ja, diese beiden Kundgebungen können sogar in überaus

wirkungsvoller Weise die Bereitschaft der Arbeiterklasse zeigen, wenn sie so verlaufen, wie es im Interesse der Arbeiterschaft liegt“ (Schwarzwälder Volkswacht 6.2.1933).

Am Montag, 6. Februar 1933, zogen von den Fabriken in Schramberg große Gruppen von Beschäftigten auf den Rathausplatz, wo nach dem Polizeibericht am Ende etwa 2500 Personen zu einer der größten Kundgebungen dieser Tage in Württemberg zusammenkamen. In Schramberg war es die größte Demonstration seit der Proklamation der Republik am 11. November 1918 (Schramberger Zeitung 7.2.1933). Nach der Begrüßung durch den örtlichen SPD-Politiker Jonas King (1879–1946) sprach bei der Kundgebung der „Eisernen Front“ als Hauptredner der SPD-Landtagsabgeordneter Albert Pflüger (1879–1965) aus Stuttgart – „in einer sehr aggressiv gehaltenen Rede“ (Schramberger Zeitung 7.2.1933).²⁴ Seine Botschaft war, sich keiner Gleichgültigkeit und Hoffnungslosigkeit hinzugeben: „In dieser Stunde ist die Einigkeit der deutschen Arbeiterklasse das erste Gebot. Wir haben das Bismarcksche Sozialistengesetz nach zwölfjährigem Kampf überwunden, wir werden auch mit einem Hitler fertig“ (Schwarzwälder Volkswacht 8.2.1933). Einem anderen Pressebericht zufolge rief er sogar auf: „Wir Sozialdemokraten und Kommunisten müssen uns zusammenschließen, um den Kampf gegen Deutschlands angebliche Freunde aufnehmen zu können“ (Schwarzwälder Bote 8.2.1933). Die Kundgebung endete mit dem gemeinsamen Gesang der „Internationale“. Auch „Anders-

denkende“ gewannen den Eindruck, „daß eine gewisse Annäherung der S.P.D. und der K.P.D. bereits festzustellen ist“ (Schramberger Zeitung 7.2.1933).

Die sich daran anschließende Kundgebung der KPD wurde von dem örtlichen KPD-Politiker Oskar Andreas Wössner (1898–1942) eröffnet. Als Hauptredner sprach der KPD-Parteisekretär Otto Vollmer (1894–1978) aus Stuttgart.²⁵ Aus sozialdemokratischer Sicht war seine Rede „sehr sachlich gehalten“ und verzichtete auf jeden politischen Angriff auf die andere Partei. Auf verschiedenen Transpa-

²⁴ Raberg, Frank: Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933, Stuttgart 2001, S. 664–665.

²⁵ Ebd., S. 958.



SPD-Landtagsabgeordneter Albert Pflüger (1879 – 1965) aus Stuttgart. Vorlage: Staatsarchiv Ludwigsburg F 201 Bü 540.



KPD-Parteisekretär Otto Vollmer (1894 – 1978) aus Stuttgart. Vorlage: Stadtarchiv Heilbronn.

renten wurde zum „Generalstreik“ und zum „Kampf gegen jeden Lohnabbau“ aufgefordert (Schwarzwälder Bote 8.2.1933). Beide Kundgebungen verliefen in vollständiger Ruhe. Für die anwesende Polizei ergab sich keinerlei Notwendigkeit, im Interesse von Ordnung und Sicherheit eingreifen zu müssen. Allerdings waren auch einige NS-Anhänger zugegen. Über einen von ihnen berichtete die „Schwarzwälder Volkswacht“, dass er gerne ein Maschinengewehr gehabt hätte, „damit er in dieses Gesindel hineinfeuern könne“. Im Anschluss an die Kundgebung zogen noch etwa 150 KPD-Mitglieder mit ihrem Umfeld mit einer Demonstration durch die Stadt (Schwarzwälder Volkswacht 8.2.1933).

Die „Schwarzwälder Volkswacht“ meinte am 8.2.1933 im Rückblick voller Hoffnung: „Die Arbeiterschaft Schrambergs hat mit diesen Kundgebungen zum Ausdruck gebracht, daß ein einiges und geschlossenes Vorgehen der Arbeiterschaft unter einer zielbewußten und verantwortungsbewussten Führerschaft imstande ist, jede Gefahr abzuwehren. Der Wunsch ist, daß diese Einigkeit im kleinen Format sich auf das Ganze übertragen möge und in ganz Deutschland eine Arbeiterbewegung entsteht, die geschlossen und einig zum Kampf bereit ist, zum Kampf, der auch unser Sieg sein wird“. Leider sollte sich diese Hoffnung aber nicht erfüllen. Das „Ganze“ blieb weiter gespalten, die Gewerkschaften blieben zu abwartend und anpassend – und nach der Reichstagswahl am 5. März 1933 wurde auch das „kleine Format“ vor Ort durch Verhaftungen und Verbote durch einen brutalen Gegner zerschlagen. Zwei Wochen später, am 19. Februar 1933, setzte die NSDAP der Großdemonstration der Arbeiterschaft ihren ersten SA-Aufmarsch mit etwa 400 größtenteils auswärtigen Teilnehmern in Schramberg entgegen – und blieb damit trotz aller Propaganda zahlenmäßig im weiten Abstand zur Arbeiterbewegung der Industriestadt.²⁶ Die beiden örtlichen SPD- und KPD-Politiker Jonas King und Oskar Andreas Wössner und der SPD-Landtagsabgeordnete Albert Pflüger

kamen kurz darauf in KZ-Haft auf den Heuberg. Oskar Andreas Wössner wurde 1942 in Stuttgart hingerichtet, der KPD-Parteisekretär Otto Vollmer floh in die Schweiz.²⁷

Gedenken in Schramberg

Die Frage, ob vor 90 Jahren ein Generalstreik den Nationalsozialismus hätte besiegen können, ist bis heute kontrovers geblieben, wie dieses Jahr auch das erneute Gedenken an den „Mössinger Generalstreik“ zeigt. Vieles sprach für einen Generalstreik, aber auch vieles dagegen – eine der großen Schicksalsfragen in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Entscheidende Fehler wurden zudem bereits zuvor gemacht – vor allem der Bruch der „Großen Koalition“ im Jahr 1930 und die Passivität beim „Preußenschlag“ im Jahr 1932. Zweifels- ohne hätte ein Generalstreik damals einen Bürgerkrieg mit einer unabsehbaren Zahl von Toten ausgelöst. Dennoch ist bis heute bedenkenswert, was Gerhard Beier bereits 1975 dazu schrieb: „Die Zahl der Toten war nach zwölf Jahren vielfach höher als die der Gewerkschaftsmitglieder im Frühjahr 1933. Kein Generalstreik hätte mehr

Opfer verlangt. Kein Bürgerkrieg wäre blutiger ausgegangen.“²⁸ Auch wenn die Arbeiterbewegung erst zu spät zu der Einsicht gelangte, nur gemeinsam noch etwas erreichen zu können, sind ihre großen Demonstrationen im Frühjahr 1933 als „Widerstand der ersten Stunde“ wert, in der heutigen Erinnerungskultur beachtet und weiter erforscht zu werden. In Schramberg soll deshalb 2024 mit einem „Stolperstein“ auf dem Rathausplatz daran erinnert werden, dass die Stadt am 6. Februar 1933 „durch die Industriearbeiter zu einem Ort der Demokratiebewegung“ geworden ist.

²⁶ Schramberg 1933 (wie Anm. 4), S. 24–25.

²⁷ Raberg (wie Anm. 24 und 25). – Kohlmann, Carsten: „Einer für alle, alle für einen.“ Die „Jonas-Siedlung“ der Schramberger Arbeitnehmer-Bauhilfe in der Weimarer Republik. In: D’Kräß – Beiträge zur Geschichte der Stadt und Raumschaft Schramberg 22 (2022), S. 66–91, hier: S. 83–88. – Losch, Hans-Joachim: Die KZ-Opfer des Nationalsozialismus in Schramberg, Eine Dokumentation, Schramberg 1982, S. 48–65. – Kohlmann, Carsten: Der Kommunist Oskar Andreas Wössner (1898–1942) aus Schramberg. Das Vorbild für die Figur Andreas Weller in dem Roman „Das Schafott“. In: Letsche, Curt: Das Schafott. Roman. Neuauflage mit einem dokumentarischen Anhang herausgegeben von Lothar Letsche, Bonn 2011, S. 238–256.

²⁸ Beier (wie Anm. 11), S. 19.



Entwurf eines „Stolpersteins“ zur Erinnerung an die Großdemonstration der Schramberger Arbeiterschaft vom 6. Februar 1933 sowie die Schicksale der Redner und Teilnehmer in der NS-Zeit. Vorlage: Stadtarchiv Schramberg / Grafik: Gunnar Link.

Balinger Gedenkkultur im 20. und 21. Jahrhundert

Yvonne Arras, Michael Walther

Zwischen Mai und Juli 2023 fand in der Friedhofkirche Balingen eine Ausstellung unter dem Titel „Balinger Gedenkkultur: Affirmativ statt reflexiv“ statt. Die Ausstellung wurde vom Arbeitskreis Wüste konzipiert. Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die Rede zur Eröffnung der Ausstellung. Für den Abdruck in der Gedenkstätten-Rundschau wurde sie leicht überarbeitet.

Einleitung

Still und reglos stehen sechs Menschen vor dem Gedenkstein unter dem Kreuz im versenkten Ehrenhof des Balinger Stadtfriedhofs. Vier Männer, zwei Frauen: alle in schwarz gekleidet, tragen gefütterte Mäntel, falten die Hände. Der Trauergestus findet sein Ebenbild in der grauen Tristesse eines späten Novembertages. Und er ist an diesem Tag staatlich verordnet. Jedes Jahr zwei Wochen vor dem ersten Advent versammelt sich das offizielle Deutschland alleror-

ten zur Staatstrauer vor sogenannten Kriegerdenkmälern, die dereinst zum Gedenken an alle Tote von Krieg und Gewalt errichtet wurden. Am Volkstrauertag, wie die Veranstaltung genannt wird, halten traditionell kommunale Vertreter von Politik, Ehrenamt und des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. zum jeweiligen Jahresthema Ansprachen, gestalten Schüler Beiträge und lockern Kapellen die Feier musikalisch auf. Und jedes Jahr erscheint anderntags in der Tagespresse eine symbolische Fotografie des mit zeremoniellem Aufwand ausgestalteten Trauerrituals.

Mit diesem Schema steht Balingen keineswegs allein. Der Volkstrauertag verläuft in zahlreichen Orten vergleichbar. Umso mehr drängt sich die Frage auf, inwiefern diese über Jahrzehnte ritualisierten Abläufe aktuelle Forschungserkenntnisse und -tendenzen berücksichtigen. Mit anderen Worten: Sieht so zeitgemäßes Erinnern aus? Zum 100. Jahrestag der

Gründung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat Jens-Christian Wagner, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und Professor für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Stellung zu Fragen wie dieser bezogen. Der Akt der Anteilnahme, wie er alljährlich am Volkstrauertag auf dem Friedhof der Stadt Balingen öffentlich dargeboten wird, entspricht dem, was Wagner, als eine „historisch entkernte Pietät“ bezeichnet. Er meint damit das „bloße Trauern“, das niemandem wehtue, keine Fragen stelle, sondern in „Entlastungsritualen erstarrt“ sei. Besonders prägnant trete eine solche affirmative Trauerkultur in den Gedenkfeiern des Volkstrauertages in Erscheinung – jene eingangs skizzierte Veranstaltung, bei der „wir unterschiedslos die Toten des 20. Jahrhunderts beweinen“ und wo Ursache und Wirkung von Krieg und Verbrechen eingeebnet und alle als Opfer dargestellt werden.“¹

In welche Niederungen dieses unterschiedslose Beweinen von im Zusammenhang mit den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts ums Leben gekommener Menschen führen kann, bringt die Balinger Situation zum Vorschein, wo unter anderem SS-Größen Ehrung finden und Gemeinschaftsgräber von Zwangsarbeitern und Nationalsozialisten errichtet werden.

Kriegsgräber des Zweiten Weltkrieges

Nördlich der Friedhofkirche, mittig im Friedhofsareal gelegen, säumen zwei Reihen kleiner Kreuze aus rotem Sandstein einen Kieselsteinweg, der unmittelbar auf die Schauseite des Kriegerdenkmalensembles zuläuft: neun schmucklose Kreuze zu jeder

¹ Zitiert aus Jens-Christian Wagner: Geschichte begreifen, für die Zukunft handeln: Was haben die NS-Verbrechen mit unserem heutigen Leben zu tun?, in: Frieden braucht Mut: 100 Jahre Volksbund. Die Reden des Jubiläumsjahres, hg. v. Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Kassel 2020 (Volksbund Forum 27), S. 62f.



The poster features silhouettes of six people standing on a dark, sloping ground against a light background. Below the silhouettes, the text reads: **BALINGER GEDENKKULTUR**, **26. MAI – 30. JULI 2023**, **FRIEDHOFKIRCHE BALINGEN**. At the bottom, it states **EINTRITT FREI.** and **ÖFFNUNGSZEITEN TÄGLICH VON 10–18 UHR**. The logo of the Förderverein Friedhofkirche Balingen e.V. is shown, along with the website www.friedhofkirche-balingen.de.

Plakat zur Ausstellung Balinger Gedenkkultur.
Gestaltung: Petra Penz;
Entwurf: Yvonne Arras

Seite, die die Grabstellen von 20 Soldaten des Zweiten Weltkrieges markieren. Sie sind nach dem Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft dauerhaft zu schützen und zu pflegen. Wenig weiß man über diese Soldatengräber bislang. Weder wurde erarbeitet, wann sie angefertigt wurden, ob die Anlage im Verlaufe der Zeit gewachsen ist oder in ihrer jetzigen Form geplant wurde. Inschriftlich erfährt man immerhin die Namen und die Lebensdaten der dort Bestatteten. Diese Informationen böten genügend Ansätze, um danach zu fragen, welcher Personen etwa im Rahmen des Volkstrauertages gedacht wird.

Von kommunaler Seite indes wurden die Namen, die die Kreuze mitteilen, bislang ebenso wenig genauer betrachtet, wie die öffentliche Hand nach den Persönlichkeiten fragt, die sich hinter ihnen verbergen. Der Arbeitskreis Wüste hat sich anlässlich der Vorbereitung dieser Ausstellung die Mühe gemacht und die Spuren jener Personen verfolgt, deren Gedächtnis das Balingener Gräberfeld wachhält. Eine Person sticht dabei besonders hervor.

SS-Mann Hans-Joachim Schinkel

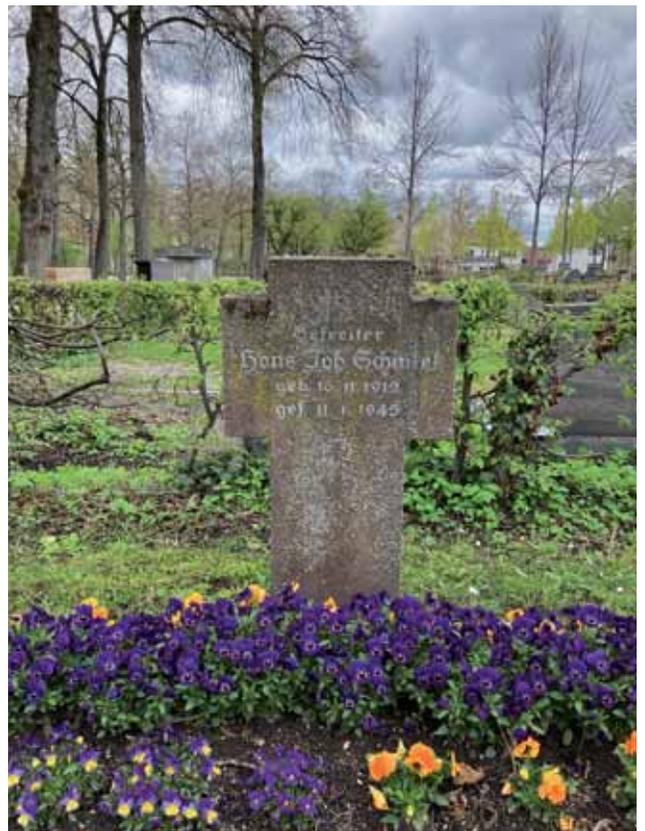
Auf dem zweiten Grabkreuz von links in der nördlichen Reihe lassen sich folgende Angaben entziffern:

Gefreiter
Hans Joh. Schinkel
geb. 16.11.1912
gest. 11.11.1945

Hinter den verwitterten Buchstaben und Ziffern verbirgt sich eine Person, deren Ehrung anlässlich des Volkstrauertages aufgrund ihrer Biografie und ihres Werdegangs moralisch und historisch nicht angemessen ist. Es handelt sich bei Hans-Joachim Schinkel um einen SS-Rottenführer, der nach Stationen an verschiedenen SS-Standorten zur Wachmannschaft des KZ Vaivara gehörte. Seine Biografie gleicht dem Itinerar eines Emporkömmlings der SS.

Erste Auskünfte zu Schinkels Biografie gibt eine Gräberliste der Stadt Balingen. Danach war er vor seinem Tod als SS-Rottenführer im

*Ehrengrab von Hans-Joachim Schinkel auf dem Balingener Friedhof.
Foto: Yvonne Arras*



„Außenkommando Dautmergen/Balingen“ tätig. Das heißt, er gehörte zur Wachmannschaft des KZ-Außenlagers Dautmergen, das Teil des Unternehmens „Wüste“ war.² Mithin war Schinkel kein Mitglied der Wehrmacht, weswegen er schlechterdings nicht Gefreiter gewesen sein kann, wie es sein Grabstein auf dem Balingener Friedhof glauben machen will. In die Irre führt ebenso die auf dem Grabstein verwendete Abkürzung von Schinkels Zweitnamen: „Joh.“

Weitere Informationen hält das Bundesarchiv bereit.³ So erlernte Hans-Joachim Schinkel den Beruf eines Gärtners. Er trat im Jahr 1932 der NSDAP bei. Mitglied der SS wurde er 1934, der Waffen-SS im Jahr 1940.

Zwischen April 1940 und April 1941 war er Mitglied des SS-Totenkopf-Kavallerieregiments 2. Diese SS-Einheit war bis zum Überfall auf die Sowjetunion im besetzten Polen stationiert und für eine Reihe von Gewalttaten gegen Polen und Juden verantwortlich.⁴

Zwischen Mai 1941 und dem Februar 1944 gehörte Schinkel dem SS-Führungshauptamt Berlin, dem Hauptquartier der bewaffneten SS und der SS-Standortverwaltung Warschau an. Zu seinen dortigen

Funktionen konnten wir bislang nichts herausfinden.

Anschließend wechselte Schinkel zum SS-Totenkopf-Wachbataillon Sachsenhausen bei Berlin, d.h. als Wachmann ins dortige KZ. Mehr als 200.000 Menschen waren dort zwischen 1936 und 1945 inhaftiert. Zehntausende Häftlinge kamen durch Hunger, Krankheiten, Zwangsarbeit, medizinische Versuche und Misshandlungen um oder wurden Opfer systematischer Vernichtungsaktionen der SS.

Im April 1944 wurde Schinkel schließlich ins Konzentrationslager Vaivara, nach Estland, versetzt. Das KZ Vaivara, mit seinen mindestens 11 Außenlagern, war ausdrücklich für die Ausbeutung und Ermordung von Juden bestimmt. Ein Teil der Häftlinge

² Gräberliste der Stadt Balingen vom 4. Juli 1947, in: Stadtarchiv Balingen (StABl) A 1 Nr. 168.

³ Die folgenden Informationen stammen, soweit nichts andere angegeben, aus den folgenden Unterlagen des Bundesarchivs in Berlin (BArch): R 9361-III/441887 (Akte in der Sammlung SS-Unterführer und Mannschaften); R 9361-IX Kartei /37510529 (NSDAP-Gaukartei); R 9361-VIII KARTEI/18930388 (NSDAP-Zentralkartei); VBS 1013 (NS 34)/ZB 5991/067 (SS-Stammkarte).

⁴ Bundesarchiv: Verbände und Einheiten der Feldformationen der Waffen-SS (überwiegend Reiterverbände) <https://www.archivportal-d.de/item/B66C27A3KKWPE2ALUDPWKTJOHCJLCDE4> (abgerufen am 19.4.2023).



NSDAP-Karteikarte Details

Signatur	BArch R 9361-VIII KARTEI / 18930388
Kartenr.	Zentralkartei, Kasten 1893, Karte 388
Name	Schinkel
Vorname	Hans
Geb.-Name	
Titel	
Geb.-Dat.	16. 11. 1912
Geb.-Ort	Schikölen
Wohnort / Ortsgr.	Boitzenburg, Friesack
Mitgliedsnr.	1408259
Bemerkungen	

NSDAP-Mitgliedsausweis Hans-Joachim Schinkel.

Quelle: Bundesarchiv BArch R 9361-VIII KARTEI / 18930388

tat, wegen Beihilfe zum Mord in mindestens 3.518 Fällen zu fünf Jahren Haft.⁸ Die Urteile wegen tausendfach begangener Morde gegen John Demjanjuk und Oskar Gröning, letzterer erlangte als „Buchhalter von Auschwitz“ eine gewisse Bekanntheit, waren für diese Sichtweise deutscher Richter richtungsweisend. Bis in die 2010er Jahre ließ die bundesdeutsche Strafgerichtsbarkeit all jene weitgehend unbehelligt, die zwar nachweislich in Konzentrationslagern tätig waren, denen aber keine Beteiligung an konkreten Mordaktionen nachgewiesen werden konnten.

Gedenksteine

Unter den Ehrengräbern auf dem Balingener Friedhof finden sich neben den Soldatengräbern auch zwei neue monumentale Gedenksteine. Sie wurden in den Jahren 2019 und 2020 errichtet. Einer der hellgrauen Steine führt unmittelbar südlich des 1928 errichteten Kriegerdenkmals, unter der Inschrift „Zum Gedenken der Kriegsoffer 1939-1945“ fünf Namen auf. Der zweite erinnert am Wegesrand zwischen den zwei Reihen von Kriegsgräbern und dem Westgiebel der Friedhofkirche an 16 Personen, die zwischen 1939 und 1945 verstorben sind.

Der Arbeitskreis Wüste hat anlässlich der Ausstellung auch die Eckdaten der Biografien dieser 14 Deutschen und sieben Zwangsarbeiter⁹ recherchiert. Und er ist zu der Erkenntnis gelangt,

⁵ Ruth Bettina Birn: Vaivara-Stammlager / Außenlager, hg. von Wolfgang Benz und Barbara Distel, Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 8: Riga, Warschau, Vaivara, Kaunas, Plaszów, Kulmhof/Chelmo, Belzec, Sobibor, Treblinka. München 2008, S. 131–183.

⁶ Zu den Todeszahlen der „Wüste“-Lager vgl. Andreas Zekorn, Todesfabrik Dautmergen. Ein Konzentrationslager des Unternehmens „Wüste“. Mit einem Epilog zu dem polnischen Schriftsteller und KZ-Häftling Tadeusz Borowski (Schriften zur politischen Landeskunde, Bd. 49), Stuttgart 2019, S. 188–202.

⁷ Sterbebuch der Stadt Balingen, 1945, S. 10.

⁸ NS-Prozess vor Landgericht Neuruppin zu Ende gegangen (Pressemitteilung des Landgerichts Neuruppin vom 28.6.2022).

⁹ Letztere gehörten zu den mindestens 65 ausländischen Staatsangehörigen, die zwischen 1940 und 1945 auf dem Balingener Friedhof ihre vorläufig letzte Ruhe fanden. Die allermeisten dieser Gräber wurden nach Ende des Krieges aufgehoben, die Überreste in deren jeweilige Heimat oder auf andere Gräberanlagen überführt. Vgl. dazu die Gräberliste der Stadt Balingen vom 4. Juli 1947, in: StABl A 1 Nr. 168.

musste in den dortigen Ölschieferwerken arbeiten. Die Konzentrationslager wurden ab Februar 1944 „evakuiert“. Das bedeutet, dass ein Teil der Häftlinge unter unvorstellbaren Bedingungen in andere Lager verbracht wurden. Viele von ihnen starben bei diesen Verlegungsaktionen. Der andere Teil der Lagerinsassen wurde im Zuge mehrerer Massenerschießungen von der SS erschossen. Die Wissenschaft geht heute von mindestens 4.500 Menschen aus, hauptsächlich Juden, die im KZ-Komplex Vaivara durch die SS ermordet wurden.⁵

Die überlebenden KZ-Häftlinge kamen zusammen mit den Wachmannschaften, unter ihnen Hans-Joachim Schinkel, in den Raum Rottweil-Balingen. Die Häftlinge wurden im KZ-Außenlager Dautmergen untergebracht, einem von insgesamt sieben „Wüste“-Lagern. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen

waren dort besonders brutal und willkürlich, die Todesrate unter den Häftlingen besonders hoch.⁶

Am 10.1.1945 ist Hans-Joachim Schinkel in Balingen verstorben und auf dem städtischen Friedhof beigesetzt worden. Der Balingener Grabstein nennt fälschlicherweise den 11. Januar als Todestag. Als Todesursache werden im Sterbebuch Unterarm- und Rippenbrüche, Brustquetschung sowie innere Verletzungen genannt. Wie und durch wen Schinkel diese tödlichen Verletzungen erhalten hat, ist in den vorliegenden Quellen nicht vermerkt.⁷

Die bundesdeutsche Justiz hat zu SS-Männern wie Schinkel inzwischen eine klare Meinung. So verurteilte das Landgericht Neuruppin im Juni 2022 einen Kollegen Hans-Joachim Schinkels, einen ehemaligen SS-Wachmann, der zwischen 1942 und 1945 im KZ Sachsenhausen seinen Dienst

dass hier Täter und Opfer gemeinsam und ohne jegliche Differenzierung beieinander gebettet sind.

Bei den fünf Bestatteten des ersten Steines handelt es sich um Wilhelm Brüntgens und Johann Brunner. Beide Mitglieder der Organisation Todt (OT), die im Zuge des Unternehmens „Wüste“ im OT Großrevier Balingen stationiert waren. Bei der Französin Helene Malherbe, der Niederländerin Elisabeth Renne und dem Kroaten Vasily Noviki handelte es sich um Zwangsarbeiter. Mithin können letztere drei per definitionem nicht als Kriegsoffer bezeichnet werden, sondern als Opfer eines Terrorregimes.

Die Organisation Todt, eine paramilitärische Bauorganisation, verantwortete von ihrem Balingener Dienstsitz aus den Bau der Ölschieferwerke und Konzentrationslager des Unternehmens „Wüste“. Die Wachmannschaften der OT sind dabei nach Berichten Überlebender mit den KZ-Häftlingen ebenso grausam umgesprungen wie die SS.

Mitglieder des Arbeitskreises haben sich anlässlich der Errichtung der Sammel-Gedenksteine an die Balingener Stadtverwaltung und an den Oberbürgermeister gewandt und auf die moralische und historische Fragwürdigkeit dieses Vorgehens hingewiesen. Eine offizielle Antwort steht aus.

Der im darauffolgenden Jahr aufgestellte zweite Gedenkstein – für den auf die Exhumierung der Gebeine aus Gründen des Naturschutzes verzichtet wurde – stellt insofern ein Fortschritt dar, als dass auf dem Stein nur noch die Inschrift „Zum Gedenken 1939–1945“ aufgebracht wurde. Aber auch hier befinden sich die Namen von vier Zwangsarbeitern und eines OT-Mannes gemeinsam auf dem Stein.

Schluss

Das Denkmalensemble auf dem Balingener Friedhof, das an die Toten erinnert, die im Zuge des Ersten und Zweiten Weltkrieges gestorben sind, stellt noch immer die Kulisse für eine inhaltslose, rein symbolische Gedenkfeier dar. Das Trauerschema besticht eher durch seine rituelle Form, denn durch inhaltlichen Tiefsinn. Es ent-



*Gedenkstein auf dem Balingener Friedhof.
Foto: Tanja Wijk-Renne*

behrt einer kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Diese Aussage gilt auch für den Umgang mit dem Ehrengrab für einen SS-Mann, der in verschiedenen Einheiten gedient hatte, die für die massenhafte Ermordung von Menschen, oftmals von Juden, verantwortlich waren. Auch die Zusammenlegung von Grabstätten von Mitgliedern einer NS-Organisationen, die auch hier in Balingen für die grausame Behandlung von Zwangsarbeitern verantwortlich war und Opfern der deutschen Sklavenhaltergesellschaft zeigen einen erstaunlichen Mangel an Verständnis für historische Zusammenhänge. Hinzu kommt die geschichtsklitternde Bezeichnung von Zwangsarbeitern als „Kriegsoffer“.

Es geht nicht darum, den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu kritisieren. Diese Organisation hat in den letzten Jahrzehnten mehr für die Wiederannäherung an die von Deutschland überfallenen Länder getan, als viele andere Institutionen. Und bis heute ist er durch seine Hauptaufgabe, der Suche, Bergung und Bestattung von Gefallenen sowie



*Gedenkstein auf dem Balingener Friedhof.
Foto: Yvonne Arras*

der Pflege von Gräbern, eine unverzichtbare Institution der bundesdeutschen Erinnerungskultur.

Es soll auch niemandem seine Grabstätte abgesprochen werden. Jeder Mensch, ganz gleich, was er getan hat, hat ein Anrecht darauf. Erstaunlich ist vielmehr die empathielose und undifferenzierte Art und Weise des durch die Stadt Balingen gelebten Volkstrauertages.

Eine aktive, kritische und gegenwartsbezogene Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ist mühsamer als das unterschiedslose Beweinen der Toten des 20. Jahrhunderts oder das Verbreiten hohler Pathosformeln. Es gibt aber inzwischen genügend Vorbilder einer zeitgemäßen Gedenkkultur, die auch von Synagogen- und KZ-Gedenkstätten in der Region vorgelebt werden. Denn Gedenkstätten stehen heute nicht nur für das Erinnern an die Zeit des Nationalsozialismus und ihrer Opfer. Es geht um die Vermittlung demokratischer Werte und um die Förderung demokratischen Handelns.

Von der Ausstellung zum Katalog – ein Blick in die Werkstatt des Katalogteams an der Gedenkstätte KZ Bisingen

Dieter Grupp, Bisingen

Am 2. Juni 2019 wurde das *Museum KZ Bisingen*, das sich ausschließlich der Geschichte des KZ-Außenlagers am Ort widmet, nach einer mehrmonatigen Überarbeitungsphase wiedereröffnet. Damals wurden schnell Stimmen laut, dass eine neue Ausstellung auch eine neue Dokumentation, genauer: einen Ausstellungskatalog brauche, denn viele Besucher möchten auch etwas Schwarz auf Weiß nach Hause nehmen, nachdem sie die Ausstellung besucht haben. Diese Bitte hat das damalige Museumsteam dazu veranlasst, sich weitgehend personenidentisch erstmals im Juli 2020 wieder als „Katalogteam“ zusammenzufinden, um auf der Basis der Ausstellung einen Katalog zu erstellen.

Verzögerte Planungsphase: kein Zeitdruck und Corona

Hierzu wurden intern gleich zu Beginn ein paar Leitplanken festgelegt. Der Katalog sollte keine Erweiterung der Ausstellung sein – um wissenschaftliche Aufsätze, Hintergrundtexte oder gar die weiteren Elemente der Gedenkstätte (Friedhof und Lehrpfad) –, sondern er sollte ausschließlich auf die Ausstellungsgegenstände und deren Präsentation fokussieren. Angesichts der vielen Video- und Audioelemente in der Ausstellung war dies schon Herausforderung genug. Ziel war es, den Katalog informativ und zugleich ästhetisch ansprechend zu gestalten. Außerdem sollte der Katalog für

die Käufer nicht teurer als 10 Euro werden, denn da die meisten Besucher des Museums Schülerinnen und Schüler sind, sollte er – bei Interesse – auch für diese erschwinglich sein. Von Anfang an war schon klar, dass dies nur gelingen kann, wenn es weitere Sponsoren für den Katalog gibt. Daher hat das Katalogteam beschlossen, verschiedene Stiftungen anzuschreiben und dort um einen Zuschuss zu bitten. Ebenfalls wurde damals schon festgelegt, dass wir professionell erstellte Bilder von der Ausstellung benötigen, da das Visuelle ein ganz wichtiger Bestandteil des Katalogs sein sollte. Da die Ausstellungsüberarbeitung unter enormem Zeitdruck verlief – das Museum sollte nur während



Vorbereitung für eine Arbeitsbesprechung im Büro von Wais + Partner.

Farben im Museum



Anwendung auf den Seiten

[Color swatch]	11
[Color swatch]	13
[Color swatch]	55
[Color swatch]	87
[Color swatch]	107
[Color swatch]	150

Erweiterung der Farbpalette fürs Buch



Die Farbpalette aus der Ausstellung wird für den Katalog erweitert.

eines möglichst kurzen Zeitraums geschlossen bleiben –, hat sich das Katalogteam bewusst entschieden, dies bei der Katalogerstellung anders zu machen. Hinzu kamen die Auswirkungen der Corona-Krise, die über manche Zeiträume Treffen gar nicht mehr zuließ. So ging praktisch ein Jahr bis zum Sommer 2021 ins Land, bis ein zweites konstituierendes Treffen anberaumt werden und man konkrete Pläne in die Wege leiten konnte. In dieser Zeit hat aber jeder der Beteiligten seine Unterlagen gesichtet, Texte aktualisiert und eine Vorauswahl getroffen, was in den Katalog einfließen muss. Die ursprüngliche Zeitplanung einer Veröffentlichung im Jahr 2022 war aus genannten Gründen hier schon hinfällig. Außerdem hat das Katalogteam auch bemerkt, dass man, selbst wenn man sich keinem zeitlichen Druck aussetzen möchte, sich doch gewisse zeitliche Ziele setzen muss, um voranzukommen. Wahrscheinlich ist es ohne ein gewisses Maß an Selbstdisziplin nicht möglich,

im ehrenamtlichen Bereich Projekte umzusetzen.

Lernphase: Eine Ausstellung ist kein Buch.

Es war nicht so schwierig, sich auf die Inhalte des Katalogs zu einigen, denn durch die Ausstellung war schon ein roter Faden vorgegeben. Auf dieser Basis hat das Team eine grobe Seitenverteilung vorgenommen und kam auf einen Umfang von ca. 128 Seiten – in der gedruckten Form sind es nun 168 Seiten geworden, nicht zuletzt, weil es das ausdrückliche Ziel war, keine Bleiwüsten entstehen zu lassen, sondern eine verdauliche Anzahl von Text mit jeweils ansprechenden Bildern zu kombinieren und auch einen Eindruck von der räumlichen Gestaltung zu vermitteln. Im Katalogteam waren sich alle von Beginn an einig: Ohne professionelle Hilfe von einem Layouter bzw. Verlagsbüro wäre es nicht möglich, den Anspruch auf Information bei ästhetischer Anmutung umzusetzen. Deshalb wurden insge-

samt sieben Grafikdesignbüros angeschrieben, die jeweils eine Auswahl aus Bildern, Texten und einer Übersicht über das Gesamtprojekt erhalten haben und darum gebeten wurden, eine Layoutidee zu entwickeln und diese bei einem regelrechten Wettbewerb zu präsentieren. Fünf der sieben Designbüros äußerten Interesse, drei davon haben sich schließlich im Frühjahr 2022 präsentiert, wobei die Ideen äußerst unterschiedlich und zugleich sehr anregend für das Katalogteam waren. Die wichtigste Botschaft war: „Eine Ausstellung ist kein Buch.“ Man kann die Inhalte des Museums nicht 1:1 abbilden (der Autor dieses Artikels muss selbst zugeben, dass er da vielleicht ein wenig zu naiv war...), sondern es kommen neue Gestaltungselemente, neue Farben, neue Ideen und auch eine gewisse Handschrift der Beteiligten dazu. Im Raum standen Vorschläge von einem weitgehend schwarz-weißen Konzept über eine Umsetzung in einem Schuber mit fünf



sodass alles aus einer Hand bearbeitet würde und man auch nur einen zentralen Ansprechpartner hätte. Die Mitglieder des Katalogteams waren auch darin einer Meinung, wer das überzeugendste Konzept präsentiert hat, und so wurde das Katalogteam fortan von der Firma Wais + Partner, vertreten durch Herrn Rainer Maucher, begleitet. Diese Entscheidung haben wir zu keinem Zeitpunkt bereut, denn die Zusammenarbeit hat sich also ausgesprochen angenehm, vertrauensvoll und effektiv erwiesen.

Arbeitsphase: das Bohren dicker Bretter

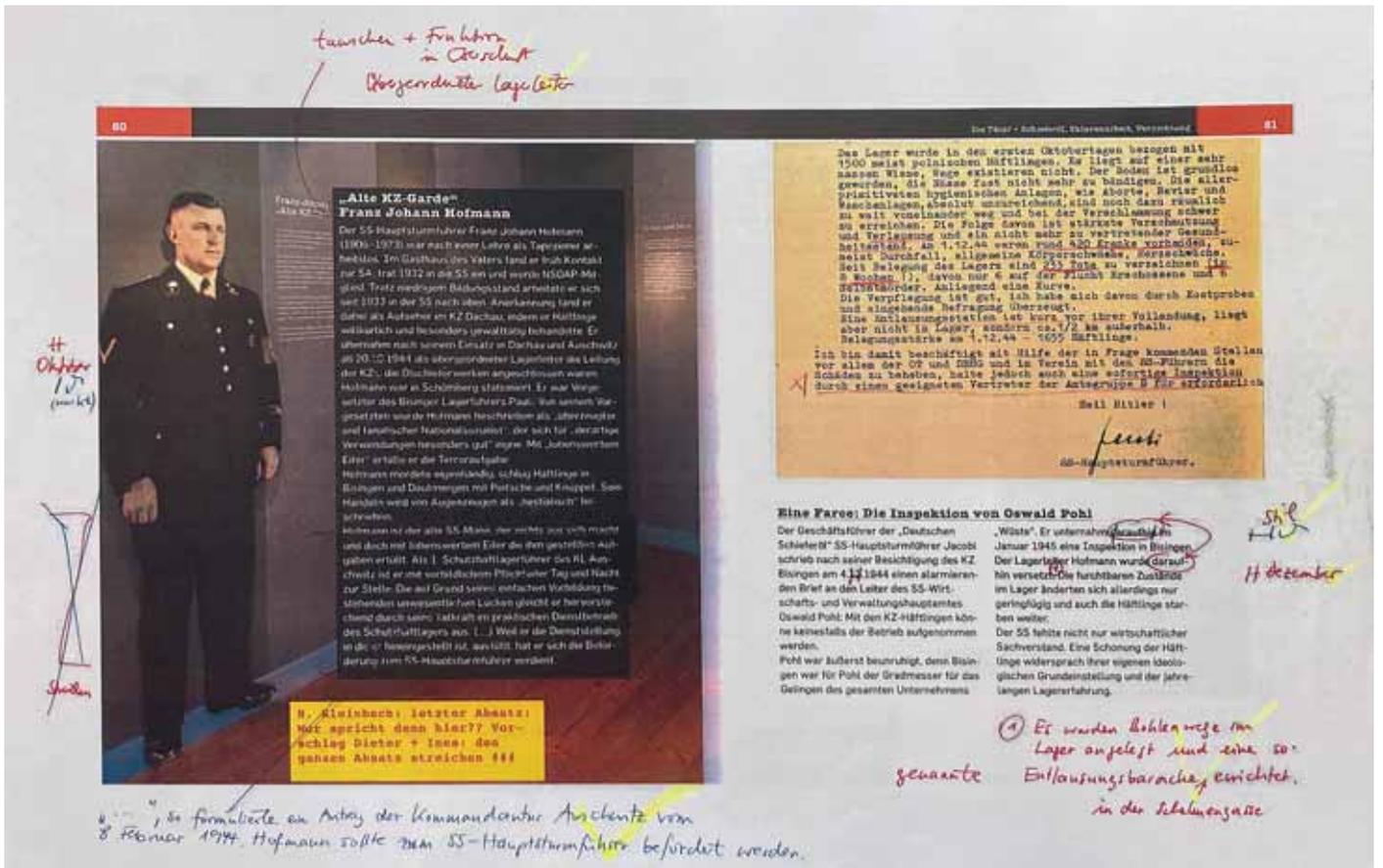
Rainer Maucher hat das Farbspektrum der Ausstellung behutsam um passende weitere Farben im Katalog erweitert, hatte viele Ideen, wie wir zum Beispiel die abundanten Inhalte der Shoah-Interviews integrieren können, hat uns beraten, welche Papierform am geeignetsten ist, indem er uns unterschiedliche Umsetzungen aus seinem Verlagshaus mitgebracht hat. Er hat die nackten Textdokumente so mit den digitalen jpg-Bildern kombiniert, sodass man sehr schnell eine konkrete Vorstellung vom Endprodukt erhalten konnte. Dabei kam es immer wieder zu Korrekturen und Überarbeitungen von der Seite des Katalogteams, die vom Designer mit großer Geduld und Nachsicht eingearbeitet wurden. Nicht zuletzt hat sich während der Arbeit am Katalog auch in der Ausstellung im sogenannten „Täterraum“ etwas verändert:

Archäologische Funde aus Grabungen des Landesdenkmalamts und von Karl Kleinbach, der in der Ausstellung schon ebendiesen Täterraum verantwortete, wurden von einem Tübinger Universitätsteam unter maßgeblicher Mitarbeit von Karl Kleinbach in die laufende Ausstellung (und damit auch in den Katalog) integriert. Im Auftrag des Katalogdesigners waren bewusst die Korrekturlesungen nicht enthalten, weil wir mit einem Team, das überwiegend aus Lehrkräften bestand, der Überzeugung waren, dass wir das alleine schaffen würden. Dennoch waren wir selbst überrascht, wie viele Fallen es gibt: ob man den Plural von KZ als „KZ“ oder als „KZs“ bezeichnet (wir haben uns für ersteres entschieden), wie man die An- und Abführungszeichen

Das Grafikbüro Wais + Partner legte verschiedene Umschlagvarianten für den Katalog vor.

Einzelheften, bei denen jedes einen Raum des Museums abgebildet hätte, bis zu sehr kreativen Vorstellungen darüber, wie Format, Farbe, Bilder und die inhaltlichen Elemente in Beziehung gesetzt wurden. Außerdem spielte

natürlich auch eine Rolle, welche Kosten die einzelnen Vorschläge verursachten. Das Team war sich aber einig darin, dass der Auftrag als Ganzes (also: Layout, Konzeption und Druck) an einen der Bewerber gehen sollte,



Die umbrochenen Seiten wurden vom Team der Gedenkstätte sorgfältig korrekturgelesen.



Die ersten Abzüge des Umschlags werden farblich in der Druckerei kontrolliert und freigegeben.

beim Unternehmen „Wüste“ setzt, besonders, wenn es zu Zusammensetzungen wie „Wüste“-Werk 3 kommt, oder ob man Bildunterschriften mit einem abschließenden Punkt versieht

(Wir machen das, wenn es sich um einen ganzen Satz handelt). Man kann allenfalls errahnen, wie viele (hundert) ehrenamtliche Stunden in das Projekt geflossen sind. Schließlich mussten

neben dem Inhalt der Umschlag gestaltet, eine ISBN-Nummer beantragt und Bildnachweise gesucht, geordnet und gelistet werden. Parallel dazu wurden Anträge an die Landeszentra-



Aushänger – die gedruckten Innenseiten und der Umschlag – liegen zur letzten Durchsicht vor der Bindung des Buches bereit.

le für politische Bildung geschrieben, Rechnungen bezahlt und die Präsentation des Buches vorbereitet.

Schlussphase: das Produkt

Erstmals greifbar wurde das Produkt für das Team, als Rainer Maucher im März 2023 Samples einzelner Seiten vorlegte, die sogenannten Aushänger, und wir über die Kartonstärke des Umschlages debattiert haben. Der Druck bei der Firma Offizin Scheufele und die Auslieferung rechtzeitig vor der Präsentation während der Jahreshauptversammlung am 22. Mai 2023 waren dann nur die Schlusssteine in einer langen und intensiven Arbeit, die zweierlei bewirkt hat: Der Katalog präsentiert das Museum, die Gedenkstätte und den Gedenkstättenverein nach außen – und die gemeinsame Arbeit hat auch nach innen stärkend gewirkt für all die, die daran beteiligt waren.

Inzwischen liegt der Katalog vor, klimaneutral gedruckt und gesponsert von der Landeszentrale für politische Bildung, der Wüstenrot-Stiftung, der Stiftung Kunst und Kultur der Sparkasse Zollernalb sowie den Landkreisen Zollernalb und Tübingen. Er kostet wie ursprünglich konzipiert 10 Euro, kann auch über die ISBN-Nummer von Interessenten in ganz Deutschland (über uns) bezogen werden. Unser Fazit: das ist ein Buch, auf das wir stolz sind.

Näheres zum Katalog

Museum KZ Bisingen – die Dauerausstellung.

Herausgegeben vom Verein Gedenkstätten KZ Bisingen e.V.

Mit Texten von Franziska Blum, Dieter

Grupp, Karl Kleinbach und Ines Mayer. Stuttgart 2023.

168 Seiten, durchgehend vierfarbig.

ISBN: 978-3-00-074988-9.

10 Euro



Die Umschlagseite 1 des Katalogs unserer Ausstellung – wir freuen uns auf Ihr Interesse. Alle Abbildungen: Verein Gedenkstätten KZ Bisingen.

„Armen-Colonie auf Herrenland“. Die jüdische Gemeinde in Unterschwandorf¹

Martin Frieß, Herrenberg

Wenig bekannt ist, dass es außer am oberen Neckar, vor allem im Raum Horb, in der am Rande des Nordschwarzwalds gelegenen Siedlung Unterschwandorf (Stadt Haiterbach, Lkr. Calw) eine jüdische Gemeinde gegeben hat, wenn auch nur rund acht Jahrzehnte lang. Das hängt unmittelbar mit dem dortigen Rittergut der Herren von Schwandorf zusammen, die erstmals 1270 gesichert bezeugt und seit 1281 mit dem Beinamen Kechler versehen sind. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts wurden in Unterschwandorf „Colonisten“ katholischer und evangelischer Konfession aufgenommen, ab 1799 auch Juden.

Einen ersten Juden-Schutzbrief stellte Theodor Carl Adolf, „Freiherr von Kechler, Herr zu Unterschwandorf, Ober- und Unterthalheim“ am 2. Januar 1799 aus für David Deßbauer und seinen Sohn Gottlieb samt Nachkommen und drei Fami-

lien.² Darin wurde außer der Zusage von „Schutz und Schirm“ und ungehinderter Religionsausübung auch geregelt, wo die Familien zunächst wohnen konnten: in zwei Mietwohnungen, eine davon im Schloss, befristet auf ein bzw. zwei Jahre, jeweils für 9 Gulden (fl.) jährlich. Dazu kam die Überlassung eines abzubrechenden „Schopfs“ (kleine Scheuer) als Bauplatz für ein Haus; als Friedhof erhielten die Juden den „erforderlichen Platz zum Begräbniß an einem schicklichen Ort“ gegen Miete von 2 fl. pro Person und Jahr, und es wurde die Nutzung des herrschaftlichen Waschhauses erlaubt.

Im zweiten Teil des Schutzbriefs wurden die weiteren von den Juden zu entrichtenden Gebühren festgelegt: Das „Receptions Geld“, also die Gebühr für die Aufnahme in den Ort, das „Schutz Geld“ und der „Sterbfall“ (Besitzwechselabgabe). Von Fron-

diensten oder vergleichbaren Leistungen wurde abgesehen, solange die Bewohner kein eigenes Haus und Boden hatten.

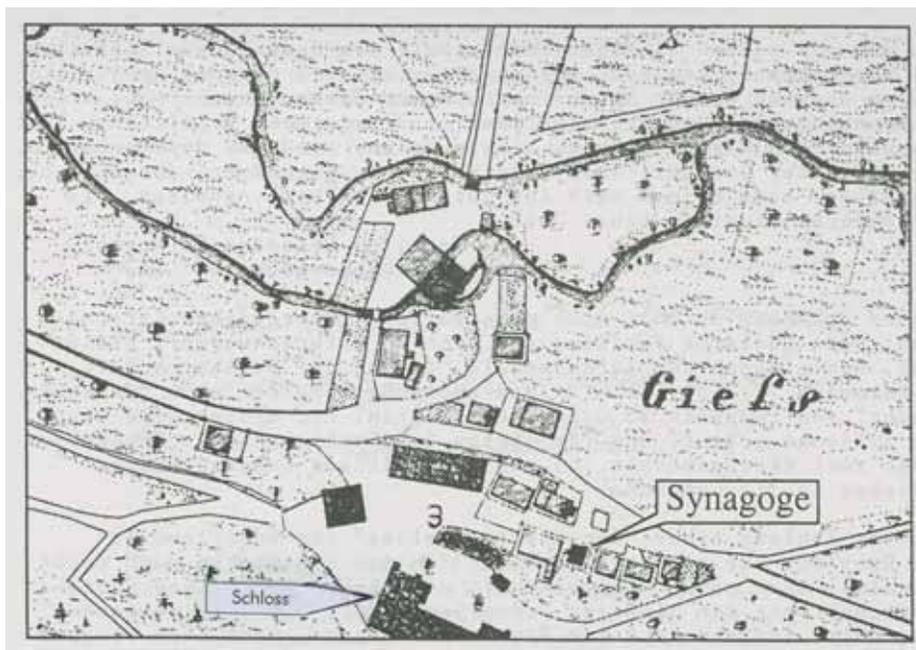
Weitere Schutzbriefe für die jüdischen Siedler folgten. Das Schutzgeld war für die christlichen „Colonisten“ nur halb so hoch wie für die Juden, die anderen Gebühren waren gleich. Das Motiv für die Anwerbung war die Geldnot des Freiherrn Theo-

¹ Gekürzte und bearbeitete Fassung des Beitrags „Leben in Armut, doch ‚in seltener Eintracht‘. Die jüdische Gemeinde Unterschwandorf“ von Martin Frieß, in: Jüdisches Leben im Nordschwarzwald, hrsg. von Thorsten Trautwein, Neulingen 2021, S. 196–227. – Dort mit ausführlicher Literaturliste. – Grundlegend: 6 Hefte: Die Unterschwandorfer Juden. Geschichte einer vergessenen Gemeinde, hrsg. vom Otto-Hahn-Gymnasium Nagold, Nagold 1992; Utz Jeggle, Judendörfer in Württemberg, Tübingen 1999; Siegfried Kullen, Der Einfluß der Reichsritterschaft auf die Kulturlandschaft im Mittleren Neckarland, hrsg. von H. Wilhelmy, H. Blume, K. H. Schröder, H. Schwalm (Tübinger Geographische Studien), Tübingen 1967.

² Schloss-Archiv Unterschwandorf, „Juden-Akte“.



Schloss Unterschwandorf mit darunter liegenden Häusern, wo hauptsächlich Juden angesiedelt wurden. Ansicht von Westen, 2020. Quelle: KrA CW, S 7 (Fotosammlung).



Ausschnitt aus der Urkarte (um 1840) von Unterschwandorf. Das Gebäude Nr. 3 ist das 1802/03 errichtete und 1885 abgebrannte „große Judenhaus“. Quelle: Die Unterschwandorfer Juden. Geschichte einer vergessenen Gemeinde, hrsg. vom Otto-Hahn-Gymnasium Nagold, Nagold 1992, Heft IV: Die jüdische Gemeinde (1), S. 66.

dor Carl Adolph von Kechler. Bereits von seinem Vater Johann Wilhelm hatte er einen Berg von Schulden geerbt. Als österreichischer Lehensträger (für Ober- und Untertalheim) wurde er seiner immensen Schulden wegen sogar unter Administration (Verwaltung, Aufsicht) des Reichshofrats in Wien und als Angehöriger des Ritterkantons Neckar-Schwarzwald (für Unterschwandorf) unter Administration des Ritter-Direktoriums gestellt. Am 9. Januar 1799 wurde die Administration an Theodor Carl Adolphs Sohn Gustav übergeben, der enorme Schuldenstand betrug damals 38.483 fl. 44 kr (kr = Kreuzer).

Die Juden erhielten 1801 die Erlaubnis, einen eigenen Friedhof anzulegen. Durch den Zuzug weiterer Familien war die jüdische Gemeinde rasch angewachsen. Ein „großes Judenhaus“ (Haus Nr. 3) wurde 1802/03 für die jüdischen Familien von der Ortsherrschaft erbaut (1885 abgebrannt und nicht wieder aufgebaut). Die Erlaubnis zum Bau einer Synagoge unterhalb des Schlosses wurde 1803 erteilt, der dazu erforderliche Platz konnte von der Grundherrschaft erworben werden, und noch im selben Jahr wurde das Gotteshaus errichtet und eingeweiht.³ Die Häuser der ersten jüdischen Familien ge-

hörten der Grundherrschaft, sie befanden sich in unmittelbarer Nähe zum Schloss. Ende 1806 wohnten zehn jüdische Familien im Ort mit insgesamt 63 Personen. Nur zwei Familien besaßen ein eigenes Wohnhaus. Die weiteren acht Familien waren in dem „großen Judenhaus“ und einem weiteren der Gutsherrschaft gehörenden Haus gegen Mietzins untergebracht.

Das Ende der reichsritterschaftlichen Herrschaftsgebiete und der Übergang an das neu gebildete Königreich Württemberg zum 1. Januar 1806 brachte für die jüdische Landbevölkerung eine Verbesserung. Die Schutzgelder waren jetzt niedriger. Gottlieb [Moses] Dessauer war in Unterschwandorf der „Juden-Vorsteher“, bis zu seinem Tod am 8. Dezember 1842. Beim Unterschreiben fügte er je nachdem den Titel „Judenschultheiß“ oder „Schultheiß“ dazu, was nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass Unterschwandorf kein selbständiger Ort, sondern eine ritterschaftliche Domäne war, die „in polizeilicher Hinsicht“ zum Städtchen Haiterbach gehörte.

Als erste verließ die jüdische Familie Levi um 1815 den Schlossbereich und bezog ein Haus an der jenseits der Waldach gelegenen Sommerhalde. Andere jüdische Familien folgten

dorthin. 1823 gehörten drei der 27 Häuser des Ortes jüdischen Familien, 1843 waren es neun von 30 Häusern.

Keine Verdienstmöglichkeiten am Ort

1818 betätigten sich ca. 90 % der in Württemberg lebenden Juden im Handel. Häufig anzutreffen war der verpönte „Schacherhandel“ (Kleinhandel). Dazu gehörten Hausieren, Trödelhandel (mit Gebrauchsgütern), Leihen gegen Faustpfand, nicht obrigkeitlich genehmigtes Makeln oder Viehverstellung (Verpachtung von Vieh). Das „Gesetz in Betreff der öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen“ vom 25. April 1828 stellte als „Erziehungsgesetz“ das gesamte jüdische Gemeindeleben unter eine zentralisierte staatliche Leitung. Die Juden waren nun „allen bürgerlichen Gesetzen unterworfen“ und hatten „alle Pflichten und Leistungen der übrigen Untertanen zu erfüllen“. Damit war es den Juden auch erlaubt, Grundbesitz zu erwerben. Das traditionell verankerte „Ortsbürgerrecht“ wurde allerdings Bedingungen unterworfen: Ein jüdischer Bürgerkandidat musste dafür mindestens zehn Jahre Bauer oder Handwerker gewesen sein. Das Schutzjudentum wurde endgültig abgeschafft und den Juden freie Berufswahl und Gewerbefreiheit zugesichert, mit Einschränkungen bei einigen Berufszweigen. Das „Schachern“ wurde bei Strafe verboten. Das Ziel war die Eingliederung der Israeliten in den bürgerlichen Arbeitsprozess.

Die meisten der Unterschwandorfer Juden waren einfache Handelsleute, zum Beispiel Hausierer, „Graveure und Goldarbeiter“ (Brillenschleifer), Lumpensammler, Scherenschleifer, Korbmacher oder Bürstenbinder. Kaum einer der „Colonisten“ fand seinen Verdienst im Ort. Häufig mussten sie sich als Tagelöhner in den Nachbargemeinden durchschlagen.

Die jüdischen Händler waren oft monatelang unterwegs, „auf Geschäftsreisen“, wie es im Schultheißenamtsprotokoll 1846 heißt.⁴ Ab 1850 sind Händler aus Unter-

³ Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS), Q 3/49 Bü 398.

⁴ Gemeindearchiv Unterschwandorf (GA USD), B 1b.



Märkte waren eine wichtige Einnahmenquelle für die jüdischen Händler. Karoline Rödelshheimer machte am 4. Dezember 1844 auf ihren Marktstand in Calw aufmerksam; außerdem ist sie auf dem Rottweiler Markt nachgewiesen. Quelle: Nachrichten für die Oberamtsbezirke Calw und Neuenbürg, 04.12.1847.

schwandorf auf dem Rottweiler Markt bezeugt, die vor allem textile Waren angeboten haben dürften. Einige wenige jüdische Bewohner konnten handwerkliche Berufe erlernen und ausüben. Etwa Abraham Rödelshheimer, immerhin Schreinermeister, der 1841 inserierte, er sei wieder von Pfrondorf nach Unterschwandorf zurückgekehrt und empfehle sich einem „verehrlichen Publikum“. Später zog er nach Nordstetten.

Juden und Christen in guter Nachbarschaft

Das Zusammenleben von Juden und Christen in Unterschwandorf war friedlich, es gab keine Feindseligkeiten oder gar Krawalle wie 1848 im benachbarten Baisingen.⁵ In Unterschwandorf war es öfter der Fall, dass Juden für Christen bürgten, und diese standen ihren jüdischen Mitbürgern bei Verhandlungen mit den Nagolder Behörden zur Seite. Nicht einmal die Versuche des Vorsängers Leopold Rosenthaler, Juden und Christen im Ort gegeneinander aufzubringen, verfringen.⁶ (Ein Vorsänger in

einer kleinen Landgemeinde hatte nicht nur die Aufgabe, die Liturgie im Gottesdienst zu gestalten, auch Religionsunterricht, Seelsorge und das Schächten gehörten zu seinen Aufgaben.) Landesweit betrachtet, war dieses gute Miteinander keineswegs selbstverständlich. Häufig waren die Scheu vor Christen und die Angst vor Proselyten (Überläufern) groß.⁷ Auch in Unterschwandorf gab es Versuche, Juden zum Christentum zu bekehren. 1823 kam der Möttlinger Pfarrer und spätere Schriftsteller Christian Gottlieb Barth (1799–1862) in den Ort, um jüdische Kinder anzuwerben und sie in dem neu eröffneten Kinderheim in Sitzenkirch bei Basel christlich erziehen zu lassen. Der Vorsänger versicherte ihm jedoch, dass „auch die ärmsten Eltern ihre Kinder nicht hergeben werden, solange christliche Erziehung der Hauptzweck der Anstalt ist.“⁸

Die gute Nachbarschaft zwischen Juden und Christen wurde bei der Einführung der Elementarschule 1828 deutlich. Hintergrund waren die unbefriedigenden Verhältnisse an der bestehenden Schule. Bislang hatte



Schreinermeister Rödelshheimer zeigt seinen Umzug an und wirbt um Aufträge.

Quelle: Amts- und Intelligenzblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Freudenstadt und Horb, 26.01.1841.

kein richtiger Lehrer, sondern nur ein junger katholischer Wagner aus Gündringen mehr schlecht als recht die Kinder unterrichtet. Von der Regierung wurde die Schaffung einer geregelten „Elementarschule“ und die „Einräumung eines heizbaren und eines nicht heizbaren Zimmers in dem Schloß Gebäude“ und die Anstellung eines wissenschaftlich ausgebildeten Lehrers verfügt. Dabei wurde erlaubt, dass wie bisher die jüdischen zusammen mit den christlichen Kindern die Schule besuchen konnten und der Religionsunterricht für die jüdischen Kinder durch den Vorsänger im Schullokal stattfinden könne. Die jüdischen Eltern verpflichteten sich, an Schulgeld für den Vorsänger jährlich insgesamt 51 fl. 12 kr. aufzubringen. In die Schule gingen insgesamt 39 Kinder, 15 davon waren Juden. Am Sabbat und an anderen jüdischen Feiertagen waren die jüdischen Schulkinder vom Unterricht freigestellt zum Besuch der Synagoge. 1843 wurde immerhin ein neues Schul- und Rathaus errichtet auf einem der

⁵ www.alemannia-judaica.de/baisingen_synagoge.htm#Zur%20Geschichte%20der%20jüdischen%20Gemeinde (20.01.2021); Herzig, Jüdische Geschichte, S. 170.

⁶ Auf Wunsch der jüdischen Gemeinde und auf Anordnung von Rabbiner Dr. Moses Wassermann musste er den Ort verlassen.

⁷ Jeggle, Judendörfer, S. 43.

⁸ Wilhelm Kopp, Christian Gottlob Barth's Leben und Wirken, Stuttgart und Ulm 1886, S. 46; Jeggle, Judendörfer, S. 73.



Siegel des [Israelitischen] K[irchenvorstands], auf dem die Filialgemeinde Unterschwandorf noch vor der Muttergemeinde Baisingen genannt wird.

Quelle: Die Unterschwandorfer Juden. Geschichte einer vergessenen Gemeinde, hrsg. vom Otto-Hahn-Gymnasium Nagold, Nagold 1992, Heft IV: Die jüdische Gemeinde (1), Titelseite.

Gutsherrschaft gehörenden Grundstück am Ortsausgang Richtung Iselshausen.⁹

Entgegen dem Wunsch der Unterschwandorfer Juden, die eine eigene religiöse Gemeinde bilden wollten, verfügte das Innenministerium 1832, dass das zwei Fußstunden entfernte, etwas wohlhabendere und größere Baisingen und Unterschwandorf zusammen die jüdische Gemeinde Baisingen zu bilden hätten. Beide Orte waren Teil des Rabinats Mühringen, zu dem noch

die Gemeinden Wankheim, Rexingen, Mühlen, Mühringen, Nordstetten, Rottweil und später Horb und Tübingen gehörten. Der Mühringer Rabbiner kam lediglich für Trauungen nach Unterschwandorf, die alle zwei bis drei Jahre stattfanden.

Ausgeprägte Armut trotz „ausserordentlicher Unterstützung“

Das Grundproblem nicht nur der Unterschwandorfer Juden, sondern des ganzen Orts, war die Armut. Aber die Juden traf sie besonders hart. Zu den drückenden Abgaben an den Grundherrn und an den württembergischen Staat kamen der „Gemeineschaden“ zur Deckung des jährlichen Defizits in der Gemeindekasse und die Bestimmungen des Gesetzes von 1828. Denen zufolge hatten die Juden ein Drittel der Mittel zur Versorgung armer Glaubensgenossen ihrer Gemeinde selbst aufzubringen, dazu noch die Mittel zur Unterhaltung der Synagoge bereitzustellen, ganz oder teilweise ihren Vorsänger zu bezahlen, und sie hatten einen Anteil zur Besoldung des Rabbiners zu übernehmen. Ganz ungeliebt und als ungerecht empfunden war die im Gesetz von 1828 neu eingeführte Personalsteuer in Höhe von 6 fl. jährlich (3 fl. für Witwen) an

die israelitische Oberkirchenbehörde. Sie war diskriminierend, da es für die Christen keine vergleichbare Steuer gab, und sie traf Wohlhabendere und Arme gleichermaßen. Die Verarmung der jüdischen Bevölkerung nahm in den kommenden Jahren erheblich zu.

Eine Maßnahme, dieser Entwicklung entgegen zu wirken, war im März 1834 die Bildung der bürgerlichen Gemeinde Unterschwandorf. Aus „Heimathgenossen der Domaine“ waren nun „Ortsbürger“ mit verbrieften Rechten geworden. Das erforderliche Ortsschild mit der Aufschrift „Gemeinde Unterschwandorf“ fertigte übrigens der Vorsteher Gottlieb [Moses] Dessauer – unentgeltlich.¹⁰

Für die Juden war die Gemeindebildung insofern ein Erfolg, als sie mit den Christen rechtlich gleichgestellt waren, zum Beispiel bei der Wahrnehmung des aktiven und passiven Wahlrechts. Eine Aufteilung in einen christlichen und einen jüdischen Block bei Wahlen gab es nicht. Als Ortsvorsteher wurde Schultheiß Johannes Rupp (1764-1837, katholisch; sein langjähriger Nachfolger war sein Enkel Johann Georg Kehle, 1812-1886, katholisch, Flaschner)¹¹ gewählt, bei den Wahlen zum Gemeinderat bekam Gottlieb Dessauer auf Anhieb einen Platz. Mit diesen Wahlen war Unterschwandorf seiner Zeit etwas voraus. Denn erst 1835 wurde in Württemberg das Wahlrecht für Juden bei Gemeinderats- und Bürgerausschusswahlen offiziell eingeführt. Für Freiherr Gustav Kechler von Schwandorf, seit 1825 in Stuttgart wohnhaft, brachte die Konstituierung einer eigenen Gemeinde Nachteile. Das Bürgerannahmegeld stand nun nicht mehr seiner Domänenverwaltung, sondern der Gemeindekasse Unterschwandorf zu. Bei Neuaufnahmen musste er als Gutsherr nur noch informiert werden.

1838 bemühte sich die Regierung, die Einwohner beim Landerwerb zu unterstützen. Da sich die Gutsherrschaft jedoch weigerte, Land abzugeben, blieb nur noch die Möglichkeit



Karoline Rödelshaimer heiratete den Kaufmann Basilius Mayer und zog zu ihm nach Wildbad. Quelle: Nagolder Amts- und Intelligenzblatt, 20.02.1852.

⁹ GA USD, Schulchronik.

¹⁰ Kreisarchiv Calw (KrA CW), A 5 Bü 110/2.

¹¹ Diözesanarchiv Rottenburg, M 352, Bd. 12, Bl. 69 (Familienregister der Pfarrei Gündringen, zu der Unterschwandorf gehörte).

zum Erwerb von auf Nachbarmarkungen gelegenen Grundstücken. Dieser Plan verlief genauso im Sande wie der Versuch des landesweit tätigen Wohltätigkeitsvereins, mit der „Einführung der feinen Flechtarbeiten“ an die Ortstradition des Korbmachergewerbes anzuknüpfen – einige Erstansiedler waren „Kratten- und Zainenmacher“ gewesen. Immerhin erreichte der Wohltätigkeitsverein 1839 die Einführung einer „Industrieschule“ zur Vorbereitung der Jugend auf das Berufsleben.

1840 mahnte das Ruggericht: „Dem Gemeinderat wird ernstlich empfohlen, darauf hinzuwirken, daß die israelitischen Knaben, sobald sie das 14. Lebensjahr zurückgelegt haben, der Erlernung ordentlicher Gewerbe gewidmet werden.“ Dann hieß es noch: „Da zu der Verehelichung eines Israeliten die Erlaubnis des Oberamts notwendig ist, so wird der Ortsvorsteher auf die Beachtung dieser Vorschrift aufmerksam gemacht.“ Gemeint waren innerjüdische Eheschließungen. (Jüdisch-christliche Eheschließungen waren erst ab 1869 erlaubt.)

Die wirtschaftliche und soziale Situation in der „Armen-Colonie auf Herrenland“¹² verschärfte sich in den 1840er Jahren zusehends. Von den zwei Missernten in den Jahren 1845 und 1846 war das Oberamt Nagold besonders hart betroffen. Die Anzahl der unterstützungsbedürftigen Personen in Unterschwandorf wurde immer größer, die Einwohner hatten kaum das Nötigste zum Leben. Besonders schwierig für die jüdischen Einwohner wurde es immer, wenn Kosten für Arztbesuche, Medikamente oder Krankenhausaufenthalte angefallen waren. Dann mussten Extra-Gesuche um außerordentliche Kostenübernahme gestellt werden, die allzu oft abschlägig beschieden wurden. 1845 stellte Oberamtmann Daser fest, dass mit der Errichtung der Gemeinde 1834 zwar Juden und Christen gleichgestellt wurden, aber die seither erfolgte Unterstützung von bedürftigen Juden aus der Ortskasse nicht rechtmäßig sei. Stattdessen stünde die kirchliche (Mutter-)Gemeinde in Baisingen in der Pflicht. Dortige Versuche, sich dieser Last zu entledigen, schlugen fehl.¹³



Die Synagoge auf einem Foto vor dem Ersten Weltkrieg. Quelle: Die Unterschwandorfer Juden. Geschichte einer vergessenen Gemeinde, hrsg. vom Otto-Hahn-Gymnasium Nagold, Nagold 1992, Heft IV: Die jüdische Gemeinde (1), S. 67.

Unterstützung kam von höherer Stelle. 1845 stiftete Prinzessin Katharina von Württemberg 15 fl. für die Armen der Gemeinde. Am 2. August 1846 machte Freiherr Gustav Kechler von Schwandorf eine Stiftung: Alljährlich sollten an jenem „Gustavstag“ zu nennendem Datum jedem Schulkind ohne Unterschied der Konfession 3 kr. an Geld und 1 kr. an Brot ausgeteilt werden, auch nach Kechlers Ableben. Dazu stifteten einmalig die Amtskorporation 40 fl., der Staat 100 fl. und der Freiherr machte eine Mehlspende über 15 fl. Die Armut der Gemeinde wird auch deutlich an den Bemühungen zur Errichtung eines Frauenbades (Mikwe, für kultische Zwecke). Von den ersten Bemühungen im Jahr 1821 bis zur Fertigstellung des Baus neben der Synagoge (1847) dauerte es 26 Jahre, und es bedurfte dreier Sammlungen auf regionaler und auf Landesebene.

Staatsaufsicht und Staatsfürsorge – Auswanderung als Ausweg

1847 musste Unterschwandorf vom Innenministerium gemäß dem „Gesetz über die Handhabung der Staatsaufsicht über verwahrloste Gemeinden“ in Staatsfürsorge genommen und der direkten Staatsaufsicht unterstellt werden. Die Central-Leitung des Wohltätigkeitsvereins bewilligte 11 fl. für die Armen im Ort.¹⁴ Die Spende wurde von Schultheiß Kehle an elf Personen verteilt, je nach Bedürftigkeit. In der Industrieschule wurde die

Herstellung von Selbenschuhen (mit Wolle ausgesteppt) und von Hemden aufgenommen. So konnte die Ortsarmenpflege in den Folgejahren Einnahmen erzielen – wenn sie auch gering waren. Dem weit verbreiteten Hunger sollte durch die Errichtung einer Suppenanstalt entgegen gewirkt werden. Hierzu vermachte der Wohltätigkeitsverein 100 fl. aus dem Ertrag der Armen-Lotterie. Nach wenigen Monaten wurde die Einrichtung wieder aufgehoben. 1851 musste wieder eine Suppenanstalt eingerichtet werden, die für drei Jahre existierte. Angesichts des fehlenden Grundbesitzes der Bewohner im Ort unterstützte der Wohltätigkeitsverein den Kauf von Grundstücken auf Gündringer und Haiterbacher Markung mit einem Kredit von 300 fl. Er war samt 5 % Zinsen binnen 21 Jahren zurückzuzahlen. Obwohl dies den Unterschwandorfern gewiss nicht leichtfiel, kamen sie diesen Pflichten ohne Abstriche nach, wie ein Löschungsvermerk von 1872 zeigt.

Wer seinen erlernten Beruf nicht ausüben konnte, wer nicht dem verpönten Hausierergewerbe nachgehen wollte, der konnte sich noch freiwillig zum Militär melden – oder er wanderte aus. Die landesweit feststellbare massenhafte Auswanderung nach Nordamerika schlug auch in Unterschwandorf voll durch. Zwischen 1837

¹² Kullen, S. 69.

¹³ Staatsarchiv Ludwigsburg (StALB), E 212/21.

¹⁴ GA USD, Fasz. 14.

Jahr	gesamt	Katholiken	Protestanten	Juden	%
1806	216	k. A.	k. A.	63	29,2
1822	243	95	84	63	26,3
1826	267	80	92	95	35,6
1831	273	86	99	88	32,2
1835	269	69	105	95	35,3
1839	250	95	54	101	40,4
1841	260	106	45	109	41,9
1844	271	103	63	105	38,7
1854	230	115	52	105	38,6
1858	201	112	40	49	24,4
1869	165	125	39	2	1,2
1873	157	117	38	2	1,3
1877	160	126	33	1	0,6

Einwohnerzahlen von Unterschwandorf. Quelle: Die Unterschwandorfer Juden. Geschichte einer vergessenen Gemeinde, hrsg. vom Otto-Hahn-Gymnasium Nagold, Nagold 1992, Heft VII, S. 69, verifiziert von M. Frieß.

auf den Bettel ausgehe“ und das von Oberamtmann Wiebbekink bestätigt wurde, hob das Innenministerium die Staatsaufsicht und Staatsfürsorge auf.

Die Ab- und Auswanderung von breiten Bevölkerungsschichten war indessen nicht mehr aufzuhalten. Befanden sich 1854 noch 105 Juden im Ort, so waren es 1858 mit 49 weniger als halb so viel. Viele versuchten in einer Stadt oder in Orten der Umgebung wie Baisingen oder Mühlingen einen Neuanfang.¹⁶ 1861 lebten noch zehn verarmte jüdische Bewohner im Ort, 1869 noch zwei.

1873 klagte der in Nordstetten lebende Schriftsteller Berthold Auerbach: „Gestorben! Ausgewandert!‘ hört man hier ständig, wenn man nach dem und jenem fragt. Zu der Amerikasucht ist nun die Freizügigkeit im Lande gekommen, und es ist wie in einer Gesellschaft: Wenn einer zum Fortgehen aufsteht, stehen die anderen auch auf und haben keine Ruhe mehr. Drüben in Schwandorf steht die Synagoge verödet und der Jüdische Kirchhof verlassen, es sind keine Juden mehr da. Ich sehe es kommen, vielleicht ist es schon in einem Jahrzehnt, daß es auch in Nordstetten so ist. Der Bauer haftet doch mehr an seinem Acker als der Jude, der ihn nicht ererbt, sondern gekauft hat und den Geldwert darin sieht und darüber weg auf etwas anderes zu Erwerbendes. Da liegen historische und seelische Bedingungen, gegen die sich nichts machen läßt.“¹⁷ Mit Minna Rödelsheimer starb 1878 die letzte jüdische Einwohnerin Unterschwandorfs, blind, allein und verlassen.¹⁸

In der Shoah sind Nachkommen von Unterschwandorfer Juden umgebracht worden, zum Beispiel Elsa Katz, gestorben am 31. Dezember 1942 im Konzentrations- und Vernichtungslager Lublin-Majdanek. Oder Siegfried Rödelsheimer, gestorben am 18. Dezember 1938 im Konzentrationslager Buchenwald, und sein Bruder Wilhelm, gestorben am 12. Juli 1942 im Konzentrationslager Auschwitz. Heute erinnert nur noch der jüdische Friedhof an die einstigen Bewohner.

¹⁵ Wüstling, der ein ausschweifendes Leben führt.

¹⁶ Jeggle, Judendörfer, S. 172.

¹⁷ Berthold Auerbach: Briefe II, S. 165f. (05.08.1873); Jeggle, S. 177.

¹⁸ Die Unterschwandorfer Juden, Heft VI, S. 130.

und 1856 zählte man im Ort 15 amtlich registrierte Auswanderungsfälle von Juden, alle nach Nordamerika. Nicht mitgezählt sind dabei die mit ausgewanderten Familienangehörigen. In etwa der Hälfte der Fälle erfolgte die Auswanderung mit finanzieller Unterstützung aus Staats- und Gemeindemitteln. In einem Gesuch an die Regierung meinte Schultheiß Kehle, „es dürfe auch im Interesse des Staates liegen, wenn die Gemeinde Unterschwandorf von ihren Bewohnern, und namentlich von den Bedürftigsten, gelichtet wird.“ Von den aus Unterschwandorf Ausgewanderten waren etwa zwei Drittel Juden, ein Drittel Christen. Es ist aus Briefen überliefert, dass Juden und Christen in Nord-

amerika oft in denselben Ort zogen und sich dort gegenseitig unterstützten.

Aufhebung der Staatsfürsorge und Auflösung der jüdischen Gemeinde

Als der Gemeinderat 1855 feststellte, dass „die Einwohner selbst an ihrer Armuth keine Schuld haben, daß sie im Gegenteil sich auf ehrliche Weise durchzubringen bemühen, daß Religiosität und kirchlicher Sinn unter ihnen lebendig sey, daß Gesetzwidrigkeiten in auffallender Weise nicht vorkommen, daß es keinen Asoten¹⁵ und Verschwender, keinen Müssiggänger und Landstreicher in der Gemeinde gebe, ja, daß nicht ein einziges Kind



17 Grabsteine sind auf dem jüdischen Friedhof noch erhalten. Die Schriftseite (hier im Bild) zeigt immer nach Osten, 2020. Quelle: KrA CW, S 7 (Fotosammlung).

Zur Geschichte der Leder-Herstellung in Rottweil

Winfried Hecht, Rottweil



Zunftlaterne der Rottweiler Gerberzunft im Stadtmuseum Rottweil. Foto: Sabina Kratt

Zu Rottweils Zünften zählten seit ihren Anfängen um 1300 die Gerber.¹ Die Rottweiler Gerber litten besonders in der späten Reichsstadtzeit unter beachtlich starker Konkurrenz von auswärts – aus Balingen, Reutlingen und Rottenburg, aber auch aus Wolfach oder Sulz. Das hatte zur Folge, dass die Gerberzunft zahlenmäßig immer mehr hinter die anderen Zünfte der Reichsstadt zurückgefallen ist. Die Rottweiler Gerber hatten sich aber auch schon früh mit Juden auseinanderzusetzen, die Tierhäute bearbeiteten und mit ihnen Handel trieben. 1765 klagten sie deshalb vor

dem Rottweiler Stadtgericht gegen den Juden Auerbacher aus Nordstetten bei Horb zunächst wegen „Handwerkeingriffen“ und drei Monate später wegen Herstellung und Vertrieb von „Juchtenleder“.²

Seit dem Übergang der Reichsstadt Rottweil an Württemberg wurden Herstellung und Handel mit Lederwaren für die jüdische Bevölkerung noch interessanter. 1809 gewährte König Friedrich von Württemberg seinen jüdischen Untertanen die Aufnahme in die neu organisierten Zünfte in seinem Königreich. Dort war das Handwerk der Gerberei bei Christen zunehmend weniger gefragt, nicht zuletzt wegen der mit ihm verbundenen geruchlichen Belästigung. Um so stärker kümmerten sich jüdische Württemberger um diesen Sektor von Gewerbe und Handel.

In Rottweil wurde dies in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer mehr spürbar, auch wenn Arbeit und Handel mit Fellen und Leder die Bedeutung der jüdischen Textilbetriebe in Rottweil nicht erreichten.³ Diese Entwicklung war in der Oberamtsstadt zunächst verbunden mit Josef Emanuel Wolf aus dem badischen Wangen bei Radolfzell, der nach Rottweil zog und hier eine Lederhandlung en gros betrieben hat.



Das Handwerk des Gerbers, dargestellt von Jost Ammann, 1568. Quelle: Commons.wikipedia.

Dieses Unternehmen erlosch zwar 1889, nachdem offenbar ein Verwandter von Wolf eine weitere Lederhandlung in Rottweil aufgemacht hatte⁴, muss aber erneut

1 Vgl. Winfried Hecht, Rottweil und seine Zünfte, 2. erweiterte Aufl., Rottweil 2017, S. 68 ff. und Winfried Hecht, Die Rottweiler Gerberzunft. Rottweil 2018, S. 7 ff.
 2 Ratsprotokoll vom 30. April 1765 p. 201 und vom 25. Juni 1765 p. 273.
 3 Vgl. den kurzen Hinweis bei Gisela Roming, Jüdisches Rottweil 1798–1938. Entstehung, Entwicklung, Vernichtung. Rottweil 2018, S. 88.
 4 Vgl. Schwarzwälder Bürgerzeitung Nr. 16 vom 19. Januar 1889, S. 4.

Bekanntmachungen über Einträge im Handels-Register.				
I. im Register für Einzelfirmen:				
Gerihtsstelle, welche die Bekanntmachung erläßt; Oberamtsbezirl, für welchen das Handels-Register geführt wird.	Tag der Eintragung.	Wortlaut der Firma; Ort der Hauptniederlassung und der Zweigniederlassungen.	Inhaber der Firma.	Prokuristen; Bemerkungen.
R. Amtsgericht Rottweil.	5. Januar 1889	Jos. E. m. Wolf Lederhandlung en gros in Rottweil.	Josef Emanuel Wolf von Wangen, Bad. Amts Radolfzell, jetzt wohnhaft in Rottweil.	J. U. Amtsrichter Baumeister.
"	15. Januar 1889.	Jos. Wolf, Lederhandlung in Rottweil.	Josef Wolf in Rottweil.	In Folge Aufgabe des Geschäfts ist die Firma erloschen. J. U. Amtsrichter Baumeister.

In der Schwarzwälder Bürgerzeitung vom 19. Januar 1889 sind die Eintragung der Lederhandlung von Josef Emanuel Wolf und die Löschung der Lederhandlung von Josef Wolf im Handelsregister dokumentiert. Vorlage: Stadtarchiv Rottweil.



Im Adress-Buches von Rottweil von 1909 warb Josef Emanuel Wolf mit dieser Anzeige für seine Ledermanufactur. Vorlage: Stadtarchiv Rottweil

und im Anschluss an den Kauf vermieten.⁶ Im Rottweiler Adressbuch von 1902 erscheint L. S. Waelder mit der Telefonnummer 31 und der Branchenbezeichnung „Häute, Felle und Wolle“.⁷ Beim Amtsgericht Rottweil wurde danach unter den Gesellschaftsfirmen „L. S. Wälder“ als Häute- und Fellgroßhandlung mit einer Zweigniederlassung in Rottweil und dem Hauptsitz in Freiburg i. Br. verzeichnet. Angegeben wurde dabei ein Stammkapital von 1.500.000 Mark und als Zweck des Unternehmens „Vertrieb und Veredelung von Häuten und Fellen aller Art“. Als Geschäftsführer des Unternehmens werden die Kaufleute Simon und Hugo Wälder in Freiburg bezeichnet. Ihre Firma erlosch 1930, deren Zweigniederlassung in Rottweil wurde aufgelöst. Die Familie Wälder blieb allerdings mit Rottweil durch die Synagoge und das Warenhaus Bermann und Wälder verbunden, welches seit 1931 im Gebäude Friedrichsplatz 9 seine Kundschaft bediente.

Der Vollständigkeit halber sei abschließend darauf hingewiesen, dass es im wirtschaftlichen Einzugsbereich von Rottweil noch ein weiteres Geschäft gegeben hat, welches mit Häuten und Fellen arbeitete. Es handelt sich um das „Leder- und Rohwarengeschäft“ von Sigmund und Adolf Levi, das bis 1881 zunächst in Schömberg – damals noch Oberamt Rottweil – und später in Wehingen ansässig war.⁸ Dies ist auch daher bedeutsam, weil es in der Spaichinger Oberamtsbeschreibung von 1876 heißt, das Oberamt Spaichingen sei einer derjenigen württembergischen Bezirke, „in welchen sich sehr wenige Israeliten befinden“.⁹

Die Oberamtsbeschreibung von Spaichingen berichtet nämlich nur von drei jüdischen Bürgern in Spaichingen und einem in Ratshausen. Dazu kommt jetzt die Nachricht von einem Unternehmen, das von jüdischer Seite in Wehingen gearbeitet hat.

⁵ Rottweiler Adressbuch 1902, S. 74.

⁶ Vgl. Winfried Hecht, Rottweiler Posthalter und Posthaltereien. Rottweil 1983, S. 29.

⁷ A.a.O. S. 31.

⁸ Winfried Hecht, Ein jüdisches Geschäft in Wehingen. In: Tuttlinger Heimatblätter (in Vorbereitung).

⁹ A.a.O. S. 100.

gegründet worden sein, denn in den Rottweiler Adressbüchern von 1902 und 1909 findet sich der Eintrag einer entsprechenden Firma mit dem gleichen Eigentümer und der Telefonnummer 62. Dazu wird hingewiesen auf ein „großes Lager in allen Sorten Leder für Schuhfabrikation und Sattlerei“ und das Unternehmen als „Beste und billigste Bezugsquelle“ bezeichnet.⁵ Dieser „Lederhandel en gros“ befand sich im Gebäude Hochbrückenstraße 23, bis Josef Emanuel Wolf am 26. Oktober 1927 verstarb, worauf seine Witwe im November 1935 nach Konstanz

weggezogen ist. Der älteste Sohn von Josef Emanuel Wolf, Erich Wolf, wurde im März 1916 im Alter von 21 Jahren als Kriegsfreiwilliger vor Verdun verwundet und starb im Lazarett.

Die Firma Josef Emanuel Wolf war als „Lederfachunternehmen“ nicht das einzige seiner Art in Rottweil. Der jüdische Kürschner Leopold Wälder war möglicherweise schon früher und recht erfolgreich in Rottweil tätig, denn er konnte schon 1863 um 15.000 Gulden das damalige Postamt und die zugehörige Posthalterei in Rottweils Unterer Hauptstraße kaufen

Wolf, Adolf, Bahnmeister a. D., Wwe., Lorenzgasse 3.
 — Anna Katharina Wwe, Altstadt, Lindenstr. 12.
 — Jof. Em., Lederhandlung, Hochbrücktorstr. 23 ☞ 62.
 — Pauline, ledig, Neutorstr. 7.
 — Otto, Sattler und Tapezier, obere Hochmaiengasse 24.
 Wölfler, Johann, Bäckermeister, Bruderschaftsgasse 10.

Die Lederhandlung von Josef Emanuel Wolf, dokumentiert im Adress-Buch von Rottweil von 1909. Sein Telefonanschluss ist mit der Nummer 62 angezeigt. Vorlage: Stadtarchiv Rottweil.

Ehrungen

Im Jahr 2023 wurden drei Personen aus dem Kreis der Initiativen des Gedenkstättenverbundes Gäu-Neckar Alb für ihre Arbeit geehrt.



Martin Ulmer mit seiner Ehefrau, dem Ersten Bürgermeister Dr. Fabian Mayer und Michael Kashi, Vorstandsmitglied der IRGW.

Am 5. Juli 2023 wurde Dr. Martin Ulmer im Stuttgarter Rathaus mit der Otto-Hirsch-Auszeichnung geehrt. In der Einladung wurde dazu u.a. hervorgehoben, dass für den Ausgezeichneten als Historiker und Kulturwissenschaftler Geschichte der Ausgangspunkt seiner pädagogisch angeleiteten Begegnungsarbeit wurde. Gerade für junge Menschen ist der Lokalbezug ein wichtiges didaktische Mittel, sich mit der Vergangenheit zu befassen. Geschichtliches Interesse bleibt jedoch unvollständig, wenn nicht auch der Dialog mit der jüdischen Gemeinde und den jüdischen Menschen vor Ort aktiv gesucht wird. Dafür hat sich der Ausgezeichnete immer eingesetzt.

Dr. Ulmer hat sich bleibende Verdienste um die Erforschung des Antisemitismus im Alltag der Landeshauptstadt Stuttgart ab der Reichsgründung 1871 bis 1933 erworben. Er ist Mitglied im Expertenbeirat des Beauftragten gegen Antisemitismus der Landesregierung und Mitglied im Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten in Baden-Württemberg. In der Erforschung von Ausgrenzung, Ausraubung und Vernichtung der Juden in Württemberg und Hohenzollern durch den NS-Staat und die NS-„Volksgemeinschaft“ hat er Grundlagenarbeit geleistet. Und als Geschäftsführer des Gedenkstättenverbunds Gäu-Neckar-Alb hat er das in Hailfingen-Tailfingen entwickelte Jugendguide-Projekt auf die ganze Region übertragen und wesentlich dazu beigetragen, Nachwuchs für die Gedenkstätten zu gewinnen.



*Ministerin Petra Olschowski überreicht Margarete Kollmar die Heimatmedaille
Foto: Florian Achberger.*

Zur Eröffnung der Heimattage in Biberach wurde am 8. September 2023 an neun Bürgerinnen und Bürger die Heimatmedaille Baden-Württemberg verliehen. Unter den Geehrten war Margarete Kollmar, die seit 25 Jahren im Gesprächskreis Ehemalige Synagoge Haigerloch aktiv ist. In der Würdigung ihrer Arbeit wurde hervorgehoben, dass sie auf verschiedenen Gebieten wertvolle Beiträge in der ehrenamtlichen Gedenkstättenarbeit geleistet hat. Von 1999 bis 2000 hat sie am Forschungsprojekt zur jüdischen Gemeinde in Haigerloch mitgewirkt, das vom Fachbereich empirische Kulturwissenschaften der Uni Tübingen unter Leitung von Prof. Utz Jeggle durchgeführt wurde.

Für den Gesprächskreis hat sie unzählige Gruppen durch das ehemalige jüdische Wohnviertel Haag geführt, und Margarete Kollmar hat regelmäßig Beiträge zu unterschiedlichen Themen in verschiedenen Publikationsorganen veröffentlicht. Sie hat Veranstaltungen in der ehemaligen Synagoge Haigerloch geplant und durchgeführt. Auch die Betreuung der Dauerausstellung in der ehemaligen Synagoge gehört zu ihren regelmäßigen Aufgaben. Außerdem führt sie für den Schwäbischen Albverein Exkursionen in der Region Haigerloch durch.

Seit 1994 ist sie Mitglied im Bildungszentrum und Archiv zur Frauengeschichte Baden-Württembergs, mit Sitz in Tübingen. Dort konzipierte sie seit 1995 mit Beate Dörr frauengeschichtlichen Stadtrundgänge, die bis heute stark nachgefragt werden.



Nach der Verleihung des Rahel-Straus-Preises: Birgit Kipfer im Gespräch mit Heinz Högerle. Foto: Karl-Heinz Kuball.

Am 17. September 2023 erhielt Heinz Högerle den Rahel-Straus-Preis „in Würdigung seines umfassenden Einsatzes für die Gedenkkultur des Landes und insbesondere für seine Arbeit zur Erinnerung an das Leben jüdischer Menschen.“ Der von der Berthold Leibinger Stiftung geförderte Preis wird von der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ verliehen. Deren Sprecherin Birgit Kipfer begrüßte die zahlreichen Anwesenden in der Ehemaligen Synagoge in Rexingen. Danach würdigte Michael Theurer, Horbs ehemaliger Oberbürgermeister und ehemaliger Vorsitzender des Rexinger Vereins die Verdienste des Ausgezeichneten.

In ihrer Laudation beschrieb Sibylle Thelen, Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, die erfolgreiche Arbeit des Preisträgers als Mitgründer und langjähriger Vorsitzender des Gedenkstättenverbundes Gäu-Neckar-Alb. Besonders hob sie sein Ringen für eine bessere finanzielle Unterstützung der Gedenkstätten durch das Land Baden-Württemberg hervor. „Erinnerungsarbeit ist Beziehungsarbeit“ – dieser Leitgedanke finde seine Verwirklichung in vorbildlicher Weise im Engagement des Geehrten.

Im Gespräch mit Birgit Kipfer schilderte Heinz Högerle sein großes Interesse an der deutsch-jüdischen Geschichte und seine Freude an den vielen Kontakten zu Nachkommen Horber und Rexinger jüdischer Familien in aller Welt.

Veranstaltungen im Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb



Dienstag, 7. Nov. 2023, 19.00 Uhr Zoomlink: https://us06web.zoom.us/j/88976764928?pwd=akJvTEVGVU1lYSJF3VG13eWtoWDZRZz09	Das Familiengedächtnis zum Nationalsozialismus. Online-Veranstaltung mit dem Wissenschaftler Roger Frie, Kanada. Veranstalter: Geschichtswerkstatt Tübingen in Zusammenarbeit mit dem Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb.
Donnerstag, 9. Nov. 2023, 19.00 Uhr Gedenkstätte Synagoge Baisingen Kaiserstr. 59a, Baisingen	Gedenkstunde zur Pogromnacht. Gestaltet von Schülerinnen und Schülern des St. Meinrad Gymnasiums Rottenburg am Neckar
Donnerstag, 9. Nov. 2023, 19.30 Uhr Ehemalige Synagoge Rexingen	Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht 1938. Als Gäste werden Mitglieder der Familie von Werner Gideon, USA, erwartet. Schülerinnen und Schüler des Martin-Gerbert-Gymnasiums werden den Abend mitgestalten.
Donnerstag, 9. Nov. 2023, 18.00 Uhr Ehem. Betsaal, Kameralamtsgasse 6 und danach im Konvikt, Johannser- gasse 1, Rottweil	Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht 1938 vor dem Ehemaligen Betsaal Rottweil und anschließend im gegenüberliegenden Konvikt. Veranstalter: Stadtverwaltung Rottweil, Verein Ehemalige Synagoge Rottweil, Jüdische Gemeinde Rottweil, kath. und ev. Kirchengemeinden.
Donnerstag, 9. Nov. 2023, 19.00 Uhr Martin-Luther-Haus, Marktplatz 17 Spaichingen	Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht 1938 mit einem Vortrag von Dr. Teresa Nentwig, Mitarbeiterin beim Verfassungsschutz Ba.Wü zum Thema: Rechtsextremismus, seine historischen Wurzeln, seine Gefahren und mögliche Auswege. Veranstalter: Initiative KZ-Gedenken in Spaichingen in Zusammenarbeit mit den Kirchengemeinden.
Donnerstag, 9. Nov. 2023, 18.00 Uhr Synagogenplatz, Gartenstr. 33 Tübingen	Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht. Veranstalter: Universitätsstadt Tübingen, Geschichtswerkstatt Tübingen, Junge Geschichtswerkstatt Tübingen, Israelitische Religionsgemeinschaft Württemberg
Donnerstag, 9. Nov. 2023, 19.30 Uhr Ehemalige Synagoge Rexingen	Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht 1938. Als Gäste werden Mitglieder der Familie von Werner Gideon, USA, erwartet. Schülerinnen und Schüler des Martin-Gerbert-Gymnasiums werden den Abend mitgestalten.
Freitag, 10. Nov. 2023, 19.00 Uhr Alte Synagoge Hechingen	Vortrag von Dr. Martin Ulmer, Geschäftsführer des Gedenkstättenverbundes Gäu-Neckar-Alb, zum Thema: Die Pogromnacht – auf die Nacht der Brandstifter und Schläger folgte die Zeit der Räuber.
Sonntag, 12. Nov. 2023 ab 10.30 Uhr Schloss-Scheuer Baisingen Schloßstr. 2, Rottenburg-Baisingen	25 Jahre Gedenkstätte Synagoge Baisingen 10.30 Uhr: Begrüßung und Einführung durch Oberbürgermeister Stephan Neher, Vorsitzender des Fördervereins Synagoge Baisingen e.V. – danach Grußworte Gewalt und Gedächtnis: Erinnerungen an die nationalsozialistische Verfolgung einer jüdischen Landgemeinde. Buchvorstellung von und mit Dr. Franziska Becker Erinnern: Ein Dialog mit Dr. Fredy Kahn und Schülerinnen und Schülern des Eugen-Bolz-Gymnasiums Rottenburg am Neckar Musikalischer Beitrag: Kirchenchor Nota Bene Baisingen 14.30 Uhr: Besuch des jüdischen Friedhofs und der Gedenkstätte Synagoge Baisingen. 16.00 Uhr: Ausklang bei Kaffee und Kuchen im Schloss-Saal.
Sonntag, 12. Nov. 2023, 17.00 Uhr Ehemalige Synagoge Haigerloch	Gedenkfeier zur Pogromnacht 1938. Im Mittelpunkt stehen die Biografien von jüdischen Personen aus Haigerloch, die den Holocaust überlebt haben.
Dienstag, 14. Nov. 2023, 19.00 Uhr Vhs Tübingen, Katharinenstr. 18	Frauenleben im Nationalsozialismus am Beispiel Tübingen. Vortrag von Dr. Claudia Nowak-Walz, Historikerin. Veranstalter: Landeszentrale für politische Bildung BaWü, Geschichtswerkstatt Tübingen und Vhs Tübingen.
Donnerstag, 16. Nov. 2023, 19.30 Uhr Museum Bisingen	Zwangsarbeit im Unternehmen „Wüste“ am Beispiel von italienischen Militärinternierten. Vortrag von Dr. Michael Walther
Sonntag, 19. Nov. 2023, 16.05 Uhr Alte Synagoge Hechingen	Komponistenportrait 1: L. v. Beethoven. Trios op. 1 Nr. 1 und op. 70 Nr. 1 Jochen Bruschi, Violine und Moderation; Andrea Schneider, Cello; Friedemann Treutlein, Klavier. Anhand von Zitaten und erklärenden Worten werden den Besuchern Beethovens wunderbare Welt der Töne nahegebracht.
Dienstag, 28. Nov. 2023, 19.00 Uhr Vhs Tübingen, Katharinenstr. 18	Die Erbschaft der Gewalt. Über nahe und ferne Folgen von Nationalsozialismus und Krieg. Vortrag von Dr. Kurt Oesterle, Schriftsteller, Tübingen. Veranstalter: Geschichtswerkstatt Tübingen und Vhs Tübingen.

Mittwoch, 29. Nov. 2023, 18.00 Uhr Zoom-Online-Vortrag mit Diskussion	100 Jahre Helmut Löwenstein – Als Jude beschimpft und verjagt – Als Befreier zurückgekehrt. Biografische Annäherung an den Sohn des Pausa-Mitbegründerpaares Flora und Artur Löwenstein . Es sprechen Irene Scherer und Welf Schröter , Löwenstein-Forschungsverein e.V. (Mössingen). Anmeldung und Zoom-Link bei: schroeter@talheimer.de
Donnerstag, 30. Nov. 2023, 19.00 Uhr Alte Synagoge Hechingen	Podiumsgespräch: Inklusion im Zollernalbkreis. Wie steht es um die Beteiligung von Menschen mit Einschränkungen im ländlichen Raum. Eine Veranstaltung des Weiter!Bildungsnetz Hechingen
Mittwoch, 6. Dez. 2023, 18.00 Uhr Zoom-Online-Vortrag mit Diskussion	Vergessen und verschwiegen – Die jüdischen Spuren des Mössinger Generalstreiks am 31. Januar 1933. Ein Rückblick auf die Brüche in der neueren Gedenkkultur. Es sprechen Irene Scherer und Welf Schröter , Löwenstein-Forschungsverein e.V. (Mössingen). Zoom-Link bei: schroeter@talheimer.de
Sonntag, 10. Dez 2023, 16.05 Uhr Alte Synagoge Hechingen	Komponistenportrait 2: Clara und Robert Schumann: Trios in g-moll (Clara) und d-moll (Robert). Jochen Bruschi, Violine und Moderation; Andrea Schneider , Cello; Friedemann Treutlein , Klavier. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen dokumentieren die Liebesgeschichte des berühmten Paares.
Sonntag, 15. Dez. 2023, 19.00 Uhr Alte Synagoge Hechingen	Die Restle Wörgler Bigband scharft einige der besten jungen Musikerinnen und Musiker Deutschlands um sich. Leitung: Samuel Restle
Sonntag, 14. Januar 2024, 16.00 Uhr Alte Synagoge Hechingen	Neujahrskonzert mit dem Frielinghaus Ensemble. Im Konzert kombiniert das Ensemble einige der schönsten Kammermusikwerke von Clara und Robert Schumann miteinander.
Sonntag, 21. Januar 2024, 16.05 Uhr Alte Synagoge Hechingen	Komponistenportrait 3: Peter Tschaikowski: Trio op. 50 1. Satz und 4 Stücke aus op. 37. Jochen Bruschi, Violine und Moderation; Andrea Schneider , Cello; Friedemann Treutlein , Klavier. Der Briefwechsel mit Nadeshda von Meck gewährt Einblicke in die Gemütsverfassung des russischen Komponisten.
Samstag, 27. Januar 2024, 19.00 Uhr Alte Synagoge Hechingen	Kafka und die Schatten der Shoah. In seinen Texten scheint der Prager Schriftsteller die Automatisierungs- und Bürokratisierungstendenzen des 20. und 21. Jahrhunderts vorauszusehen. Inwiefern stellen diese eine Voraussetzung für Diktaturen dar? Damit beschäftigt sich der Literatur- und Theaterkurs des Beruflichen Schulzentrums Hechingen in einer szenischen Lesung mit Texten von Franz Kafka . Leitung: Christoph Müller und Alexander Storz .
Sonntag, 28. Jan. 2024, 16.00 Uhr Ehemalige Synagoge Rexingen	Anlässlich des Holocaust-Gedenktages erinnern wir an die Horber Musikerinnen Else Stern-Staudacher und Sylvia Staudacher mit einem Konzert auf dem Blüthner-Flügel , der dem Synagogenverein von der Familie geschenkt wurde. Es spielt Clemens Müller , Dozent an der Musikhochschule Trossingen.
Sonntag, 28. Jan. 2024, 18.00 Uhr Altes Gymnasium Rottweil Festsaal, Eingang Badgasse	Anlässlich der Befreiung der Häftlinge von Auschwitz: Ein Amerikaner in Marseille oder die Geschichte einer nahezu unbekanntenen Fluchthilfe 1940. Autorenlesung und Bildpräsentation. Leitung: Regisseur Michael Giese iAuschwitz-Befreiung am 27. Januar 1945
Montag, 29. Jan. 2024, 19.30 Uhr Museum Bisingen	Die Bisinger Shoah Interviews. Anlässlich des Holocaust-Gedenktages zeigen wir Ausschnitte aus Interviews, die Häftlinge des KZ Bisingen in den 1990er-Jahren gegeben haben.
Sonntag, 3. März 2024, 17.00 Uhr Ehemalige Synagoge Rexingen	Einführungsveranstaltung mit Lesung zur Ausstellung: „Wir wollten ein neues Leben für uns und unsere Kinder“ – Emigration nach Palästina im 19. und 20. Jahrhundert“. Danach ist die Ausstellung ab 9. März 2024 samstags und sonntags von 14 bis 17 Uhr im Museum Jüdischer Betsaal Horb, Fürstabt-Gerbert-Str. 2 , zu sehen.
Donnerstag, 14. März 2024, 19.30 Uhr Hohenzollernhalle, Kleiner Saal, Bisingen	Verschwörungstheorien – eine Gefahr für die Demokratie? Vortrag von Prof. Michael Butter , Uni Tübingen. Verschwörungstheorien werden zunehmend besorgt diskutiert. Wann und wie können sie gefährlich werden? Und wie ist die Situation in Deutschland einzuschätzen? Auf diese und verwandte Fragen wird der Vortrag Antworten geben.
Dienstag, 16. April 2024, 20.00 Uhr Pausa-Tonnenhalle Mössingen	Präsenzveranstaltung mit Diskussion: Die Innovationsstrategie der Löwensteinschen Pausa und ihre Bedeutung heute für Mittelstand, Handwerk und Gewerbe – lokal und regional. Vortrag von Welf Schröter , Löwenstein-Forschungsverein e.V. (Mössingen).
Sonntag, 21. April 2024, 10.00 Uhr Mahnmahl im Eckerwald	Gedenkfeier beim Mahnmahl in der Gedenkstätte im Eckerwald zum Thema: Errichtung der KZ Dautmergen, Schömberg und Schörzingen vor 80 Jahren – Verblasst die Erinnerung oder behält sie ihren Sinn für uns heute?

Die Gedenkstätten-Rundschau wird herausgegeben von

Arbeitskreis Wüste

c/o Dr. Michael Walther
Telefon: 0174 302 961
Web: www.akwueste.de
Email: info@akwueste.de



Gedenkstätten KZ Bisingen

Öffnungszeiten des Museums in 72406 Bisingen, Kirchgasse 15: So. 14.00–17.00
Informationen zur Ausstellung und zum Geschichtslehrpfad: Bürgermeisteramt Bisingen, Tel. 0 74 76/89 61 31
Fax 0 74 76/89 61 50
<https://museum-bisingen.de>



KZ-Gedenkstätten Eckerwald/Schörzingen und Dautmergen-Schömbreg

Initiative Eckerwald. Führungen nach Vereinbarung. www.eckerwald.de
Kontakt über Brigitta Marquart-Schad, Bergstraße 18, 78586 Deilingen.
Tel. 0 74 26 / 88 87
Email: ms.brigitta@web.de



Ehemalige Synagoge Haigerloch

Gustav-Spier-Platz 1, 72401 Haigerloch
Öffnungszeiten: Sa., So. 11.00–17.00
Do. 14.00–17.00 (nur 1. April bis 31. Okt.)
Führungen nach Vereinbarung über
Tourismusbüro Haigerloch 0 74 74/697-27
oder Gesprächskreis ehemalige Synagoge Haigerloch e.V., Helmut Opferkuch 0 74 76/27 59, Helmut.Opferkuch@gmx.de
www.synagoge-haigerloch.de
synagoge-haigerloch@web.de



KZ Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen

Ausstellungs- und Dokumentationszentrum im Rathaus Gäufelden-Tailfingen.
Geöffnet: So. 15.00–17.00
Führungen anfragen: fuehrungen@kz-gedenkstaette-hailfingen-tailfingen.de
Kontaktadresse: Walter Kinkelin
Schlehenweg 33, 71126 Gäufelden,
Tel. 0 70 32/7 62 31



Alte Synagoge Hechingen

Goldschmiedstraße 20, 72379 Hechingen
Öffnungszeiten: Sonntag 14 bis 17 Uhr,
Führungen nach Vereinbarung
Initiative Hechinger Synagoge e.V.
Heiligkreuzstr. 55, 72379 Hechingen
Tel. 0 74 71 / 66 28
info@alte-synagoge-hechingen.de
www.alte-synagoge-hechingen.de



Jüdischer Betsaal Horb – Museum

Fürstabt-Gerbert-Str. 2, 72160 Horb a.N.
Öffnungszeiten: Sa. und So. 14.00–17.00
oder nach Vereinbarung:
Tel. 0 74 51 / 62 06 89. Postanschrift:
Stiftung Jüdischer Betsaal Horb,
Bergstraße 45, 72160 Horb a.N.
www.ehemalige-synagoge-rexingen.de



Stauffenberg Gedenkstätte Lautlingen

Stauffenberg-Schloss, 72459 Albstadt Lautlingen.
Öffnungszeiten: Mi., Sa., So. und an Feiertagen 14.00–17.00 und nach Vereinbarung.
Information: 0 74 31/76 31 03
(Museum während der Öffnungszeiten),
0 74 31/60 41 und 0 74 31/160-14 91



Löwenstein-Forschungsverein Mössingen

Vorstand: Irene Scherer
Rietsweg 2, 72116 Mössingen-Talheim
Tel. 0 74 73/227 50, Fax. 0 74 73/2 41 66
E-Mail: scherer@talheimer.de



Ehemalige Synagoge Rexingen

Freudenstädter Str. 16, 72160 Horb-Rexingen. Geöffnet: So. 14.00–17.00 Uhr.
Führungen nach Vereinbarung.
Synagoge Rexingen e.V., Bergstr. 45, 72160 Horb a.N. – Tel. 0 74 51/62 06 89
www.ehemalige-synagoge-rexingen.de



Gedenkstätte Synagoge Rottenburg-Baisingen

Kaiserstr. 59a (»Judengässle«), 72108 Rottenburg-Baisingen.
Geöffnet: So. 14.00–16.00. Gruppen nach Vereinbarung. Info und Postanschrift: Ortschaftsverwaltung Baisingen.
Tel.: 0 74 57/69 65-02, Fax 69 65-56, baisingen@rottenburg.de.
Stadtarchiv und Museen Rottenburg, PF 29, 72101 Rottenburg.
Tel. 0 74 72/165-351, Fax 165-392, museen@rottenburg.de, www.rottenburg.de



Ehemalige Synagoge Rottweil

Kameralamtsgasse 6, 78628 Rottweil
Verein Ehemalige Synagoge Rottweil e.V.
Barbara Haller, Hauptstraße 39
78628 Rottweil. Tel. 0 74 1/8303
email: Ehem.Synagoge-RW-eV@t-online.de
www.ehemalige-synagoge-rottweil.de



Gedenkpfad KZ-Spaichingen

Franziskusweg, 78549 Spaichingen – frei zugänglich. Führungen nach Vereinbarung
Verein: KZ-Gedenken in Spaichingen e.V.
Vorstand: Dr. Ingrid Dapp
Tel. 0 74 24/4665
email: dapp@kz-gedenken-spaichingen.de
www.kz-gedenken-spaichingen.de



Geschichtswerkstatt Tübingen –

Denkmal Synagogenplatz
Gartenstrasse 33, 72074 Tübingen
rund um die Uhr geöffnet. Führung nach Vereinbarung.
Geschichtswerkstatt Tübingen e.V., Lammstr. 10, 72072 Tübingen,
Tel. 0 70 71/2 37 70, e-mail: info@geschichtswerkstatt-tuebingen.de
www.geschichtswerkstatt-tuebingen.de



Impressum

Redaktion und Gestaltung
Verlagsbüro Högerle, Bergstraße 45
72160 Horb, Tel. 0 74 51/62 06 89.
Email: verlagsbuero@t-online.de

Gefördert durch



lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg